

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 34, Wiener Straße 8/2, Geschäftsstelle: 1006, 1078 und 1222. — Der Verlag: Friedrich Lehn Verlag, Berlin, Wilhelmstraße 10. — Fernsprecher: 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500.

Veranstalt seit 1878 — Veranlagt alles
Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Verlagsannahme: Manuskriptannahme für die Druck- und Verlagsarbeiten, Berlin D 34, Königsplatz 97
Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden in der ersten Spalte zu 10 Pf. pro Zeile und Tag berechnet, in den anderen Spalten zu 8 Pf. pro Zeile und Tag. Die Anzeigen werden in der ersten Spalte zu 10 Pf. pro Zeile und Tag berechnet, in den anderen Spalten zu 8 Pf. pro Zeile und Tag. Die Anzeigen werden in der ersten Spalte zu 10 Pf. pro Zeile und Tag berechnet, in den anderen Spalten zu 8 Pf. pro Zeile und Tag.

Freiheit und Bindung im Wirtschaftsverlauf.

Auf einer Tagung der deutschen Betriebswirtschaftler, die anfangs in Wien stattfand, hat der bekannte Wiener Professor Schmalenbach in einer viel beachteten Rede den Ausdruck getan: „Ich bin überzeugt, daß wir in nicht ferner Zeit zu einem Zustande kommen müssen, den auch die Zünfte besäßen.“ Das besagt, daß wir uns einem Wirtschaftszustande nähern, der ganz im Zeichen der Bindung steht. Genau wie die Formen einer Wirtschaft sich dauernd verändern, wechseln auch die Prinzipien, von denen eine Gesamtwirtschaft beherrscht wird. Diese gehen in ihrer Vielfältigkeit auf die beiden Grundideen „wirtschaftliche Freiheit“ und „wirtschaftliche Bindung“ zurück. Freihandel oder Schutzpolitik, Konkurrenzkampf oder planvolle Marktwirtschaft, individueller Arbeitsvertrag oder kollektives Arbeitsrecht — stets geht hier die Scheidelinie zwischen Freiheit und Bindung hindurch. Sie verläuft nicht immer gradlinig, denn in einer Wirtschaft, die, wie wir es gegenwärtig erleben, ganz im Zeichen des Überganges steht, gibt es viel Nebeneinander und ein dauerndes Verschieben. Aber aus der Tendenz der Gesamtentwicklung wirtschaftliche Zukunftsformen, und damit wirtschaftliche Zukunftsaufgaben zu erkennen, ist möglich und für den Gewerkschafter notwendig. Wirtschaftliche Bindung an wen und wirtschaftliche Freiheit wovon? Das sind die Kernfragen, deren Beantwortung das Wesen der liberalen wie auch der Gemeinwirtschaft klärt. Beispiele aus dem Wirtschaftsverlauf mögen hier beide wirtschaftlichen Grundprinzipien erläutern. Das Muster einer gebundenen Wirtschaft stellt die mittelalterliche Zunftverfassung dar. Sie wurde von der liberal-kapitalistischen Wirtschaftsform abgelöst, die jetzt, wie Prof. Sombart es nennt, ihren Lebensabend durchläuft, um wieder einem gebundenen wirtschaftlichen System Platz zu machen. Wenn diese Annahme stimmt — und alles spricht für ihre Richtigkeit — dann müssen sich zwischen der gebundenen Wirtschaft früherer Zeiten und der Entwicklungsperiode, in die wir offensichtlich jetzt hineingehen, Ähnlichkeiten und auch Unterschiede zeigen, die wir erkennen für unsere praktisch-gewerkschaftliche Arbeit notwendig ist. Der Unternehmer der mittelalterlichen Wirtschaft war der Handwerksmeister. Seine Zugehörigkeit zu der wirtschaftlichen Unternehmerorganisation der damaligen Zeit war für ihn nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern auch eine Lebensnotwendigkeit. Denn Nichtmitgliedschaft in der Zunft war für ihn identisch mit Vernichtung seiner Existenz. Die Zunft legte dem rechtlich freien Handwerker mancherlei Bindungen auf. Er war nicht frei im Bezug der Rohstoffe für seinen Werkstattbetrieb. Die Zunft wies ihm die erforderliche Menge von Leder, Wolle usw. zu. Dasselbe gilt für den Preis. Vom Innungspreise abwichen hieß Verletzung der selbstgegebenen Gesetze, mit der Folge des Ausschlusses und damit Existenzvernichtung. Beim Absatz sehen wir dasselbe. Der Handwerksmeister konnte nicht verkaufen an wen er wollte, die Zunft umschrieb ihm ganz genau das Absatzgebiet. Alle in dieser oder jener Straße, diesem oder jenem Stadtviertel wohnenden Kunden waren ebenso verpflichtet, nur bei dem für sie bestimmten Meister ihren Bedarf zu decken. Mehrfache Bindungen seitens der Zunft galten für die Zahl der zu haltenden Lehrlinge und Gesellen und ihre Entlohnung. Also, wo wir hinschauen, finden wir selbstauferlegte Gesetze, die vom „hochmohlwürdigen Magistrat“ genehmigt waren und über deren Durchführung er peinlich wachte. Dasselbe galt für den Arbeiter der damaligen Zeit, den Handwerksgehilfen. Auch er war organisiert und im „Statut“ waren seine Rechte und Pflichten bis ins Kleinste hinein geregelt. Betrachten wir nun kurz, welche Stellung der Mensch, also Meister und Geselle in diesem Wirtschaftssystem einnahm. Dem Meister war die „bürgerliche Nahrung“ gesichert. Er hatte seinen festen Kundenkreis. Einen vernichtenden Konkurrenzkampf gab es nicht, und die Innungspreise waren so gestellt, daß er zwar keine Reichtümer anhäufen, wohl aber gesichert leben konnte. Ähnlich der Arbeiter der damaligen Zeit, der Zunftgenosse. Hatte er seine Lehre aus, ging er auf Wanderschaft.kehrte er bei fremden Meistern ein, so wurde ihm Essen, Uebernachtung und Zehnpfennig gegeben. Ueberproduktion Krisen und die folgenden Arbeitslosigkeit schloß das System aus. Lohn und Arbeitszeit wurden (genau wie heute wieder) zwischen den Organisationen vereinbart. Und was letztere auch für heutige Zwecke unumenslich lang, so ist der Gegenpart auf dem Konto der Arbeitsfreude zu suchen. Im allgemeinen lebte auch der Geselle gesichert, heiratete schließlich eine Meisterschöpfung und wurde dann ebenfalls Meister. Das schöne, deutsche Volkstied hatte in diesem Wirtschaftssystem seine Heimat und manches von ihnen, wie das von der Lore am Tore, birgt ein gut Stück Wirtschafts- und Sozialgeschichte in sich. Wie schon erwähnt wurde dieses System der Bindungen abgelöst durch ein System der Freiheiten, durch den Liberalismus. (Freiheit heißt im lateinischen libertas.) England lieferte dem Liberalismus die Theorie durch Adam Smith und setzte sie in der Textilindustrie in den Bezirken von Manchester zuerst in die Praxis um, woher der Name Manchesterismus stammt. Deutschland folgte bald. Die wirtschaftlichen Bindungen wurden niedergelegt und ein wilder Konkurrenzkampf begann. Der Starke siegte über den Schwachen und der Stärkere über den Starcken. Der Markt ver-

langte aber nach Waren, die dann von einigen wenigen geliefert wurden, und so entstand der Großbetrieb. Bald wurde mehr geschaffen als verbraucht wurde. Die Jagd um den Kunden begann durch Preisunterbietungen, vermehrte Maschinenarbeit und Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Auch der Arbeiter wurde „frei“. Aber bald merkte er, daß es mit seiner Freiheit nicht weit her war, denn sein Schicksal trug jetzt alle Zeichen der wirtschaftlichen Unsicherheit, trotz rechtlicher Freiheit. Er erkannte das am ersten und versuchte Abhilfe zu schaffen durch Organisation. Hier liegen die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung. Die Unternehmer folgten bald. Sie taten daselbe wie die Arbeiter. Sie organisierten sich und verfolgten wirtschaftlich dieselben Methoden, wie ihre beruflichen Vorfahren, die Handwerksmeister. Sie schalteten durch Vereinbarung das typische Merkmal der liberalen Wirtschaftsordnung, den Konkurrenzkampf, aus. Nicht in der Zunft, aber im Kartell teilen sie heute die Märkte auf, setzen die Preise fest, regeln sie den Rohstoffbezug und im Arbeitgeberverband verein-

Eine wichtige Entschliessung.

Aus Burkhardsdorf i. Sa. wird uns geschrieben: Durch die Patolenschusterer der Kommunistischen Partei und ihren blinden Nachbarn ist die Frage der Taktik bei gewerkschaftlichen Kämpfen (Streik und Aussperrung) Gegenstand öffentlicher Diskussion geworden. In dieser Diskussion fühlen sich auch unsere Partei-Zeitungen bewegt, leider manchmal in einer Weise, die nicht zum Nutzen der Gewerkschaften ist. Wenn schon der Kritik bis zu einem gewissen Grade stattgegeben werden muß, daß bei Kämpfen die Parteipresse zum Sprachrohr der Kampfleitung gemacht werden muß, so darf aber auf der anderen Seite keinesfalls der Kritik gefolgt werden, wenn zur Erörterung steht, daß die Unorganisierten durch die Gewerkschaften unterstützt werden sollen. Mit dieser Frage beschäftigt sich auch eine gut besuchte Funktionärversammlung der freien Gewerkschaften in Burkhardsdorf und sagte gegen eine Stimme nachstehende Entschliessung: „Die am 28. Juni im Gasthof „Auenberg“ in Burkhardsdorf tagende gut besuchte Funktionärversammlung befaßte sich in eingehender Weise mit der Taktik der Gewerkschaften bei Streik und Aussperrung unter Würdigung der Stellung zu den Unorganisierten. Man ist sich darüber einig, daß die Leitung eines Kampfes nicht von den politischen Parteien und deren Zeitungen geleitet bzw. beeinflusst werden darf, sondern nur die maßgebende Gewerkschaft hat über Maßnahmen zu entscheiden. Die Gewerkschaften müssen erwarten, daß dies auch von der Arbeiterpresse entsprechend berücksichtigt wird. Weil ein Kampf nur unter Berücksichtigung der in der maßgebenden Gewerkschaft zusammengeschlossenen Arbeiterschaft geführt werden kann, darf den Unorganisierten keine Beeinflussung der Taktik eingeräumt werden. Die Gelder der Gewerkschaften können grundsätzlich nur zur Unterstützung der Mitglieder verwendet werden, die Leitung eines Kampfes muß unbeeinflusst auch die Entscheidung treffen, wann von diesem Grundsatze abzuweichen ist. Die versammelten Funktionäre bedauern aufrichtig, wenn die Arbeiterpresse im Gegensatz hierzu Propaganda für die Unterstützung der Unorganisierten treibt.“ (Diese Entschliessung war dringend notwendig, zumal einige lächerliche Parteiblätter durch ihre hemmungslöse Kritik an den Maßnahmen der Gewerkschaften diese aufs empfindlichste fortgesetzt schädigen. D. R.) Des weiteren hat sich die Funktionärversammlung noch in eingehender Weise mit der Krankenversicherung beschäftigt und unter Würdigung der Finanzverhältnisse der Allgemeinen Ortskrankenkasse die Vorstands- und Ausschuhmitglieder beauftragt, gegen einen Abbau der Leistungen sich einzusetzen, aber dafür eine Erhöhung der Beiträge auf 5½ Prozent zu beschließen. Zu dem Arbeitszeitkampf in Westfalen kam zum Ausdruck, daß diesmal alles getan werden müßte, um eine Verkürzung der Arbeitszeit, wenn es nicht anders geht, auch durch passive Resistenz durchzusetzen. Die Sitzung war besucht von 57 Funktionären.

baren sie mit den Gewerkschaften Lohn und Arbeitszeit. Wir sehen also, geändert haben sich nicht die Methoden, sie lehnen wieder, wohl aber die Dimensionen. Die Düsseldorf Schmiebezunft ist ersetzt durch das Internationale Rohstoffkartell. Der aufsteigende Markt umfaßt nicht mehr Straßen und Viertel einer Stadt, sondern halb Europa. Wer die festgesetzten Preise unterbietet, wird nicht mehr durch Ausschluß aus der Zunft, sondern durch Konventionalstrafen empfindlich getroffen oder gar vernichtet. Nun ist freilich heute noch kein abgeschlossenes Wirtschaftssystem vorhanden. Wir stehen, wie schon erwähnt, ganz im Zeichen des Überganges. Noch haben die heutigen wirtschaftlichen Organisationen, vor allem die Kartelle und Syndikate, über das Arbeiter- und Verbraucherschicksal die ausschlaggebende Herrschaft. Diese Verhältnisse müssen gleich im Keime, also im Werden der neuen Wirtschaft beseitigt werden. Auf die organisierte Wirtschaftsmacht muß die organisierte Arbeitsmacht entscheidenden Einfluß bekommen. Und die Gesetze jener riesigen Wirtschaftstörperschaften sind anstelle der Kontrolle des „hochmohlwürdigen Magistrats“ der Kontrolle des Staates zu unterstellen. Das forderte auch der Privatwirtschaftler Prof. Schmalenbach in Wien mit den Worten: „die Monopolgebilde der neuen Wirtschaft müssen ihr Monopol vom Staate empfangen, und auf der anderen Seite überwacht der Staat die Erhaltung der aus dem Monopol entspringenden Pflichten.“ Wir wollen dafür kämpfen! Franz B o g t.

Es geht vorwärts!

Von einem erfreulichen Mitgliederzuwachs kann die Filiale Augsburg berichten. Die Mitgliederzahl, die am Schluß des 4. Quartals 1927 4 600 Mitglieder betrug, ist bis zum 23. Mai 1928 auf 5 316 Mitglieder angewachsen. Die Mitgliederzahl der Filiale Hof stieg von 4 267 Mitgliedern am Ende des 4. Quartals 1927 auf 5 117 Mitglieder im Mai 1928. Dieser Mitgliederzuwachs beweist, daß die Funktionäre unseres Verbandes in diesen Filialen durch rührige Agitationsarbeit vorwärts zu kommen suchen. Uns würde es freuen, wenn wir in den nächsten Wochen über weitere so starke Mitgliederzunahme anderer Ortsgruppen berichten könnten. Also Kollegen und Kolleginnen allerorts, macht's nach!

Hohe Löhne sind die beste Konjunktur.

In der Berliner „Boschischen Zeitung“ schreibt Prof. Oppenheimer, der bekannte Volkswirtschaftler, folgendes: „Es ist eine der bedeutendsten Erscheinungen der Nachkriegswirtschaft, daß unsere Industrie sich anscheinend nicht aus dem unglückseligen Zirkel befreien kann, wonach jeder Lohnerhöhung mit automatischer Selbstverständlichkeit eine Preiserhöhung zunächst der Rohprodukte, dann der entscheidenden Halbfabrikate und Transportmittel und endlich der Bedarfsartikel folgt. Damit ist dann der Sinn der zahlenmäßigen Lohnerhöhung ausgelöscht, und nach einer mehr oder minder langen Respektfrist geht die Sache von neuem vor sich; die Schraube dreht sich wieder um eine Drehung weiter. Die Industrie will es nicht lernen, daß der Arbeiter nicht nur kostender Lohnempfänger, sondern auch Konsument ist. Die ganze deutsche Arbeiterschaft und der ganze Mittelstand (recht weit hinaus) schränkt seinen Konsum aufs äußerste ein, weil der Reallohn zu niedrig ist, und weil, wie bemerkt, jede Nominalerhöhung sofort unwirksam gemacht wird. Der Schuhfabrikant bemerkt zwar mit Sorge, daß heute in Deutschland noch nicht ein Paar Schuhe jährlich auf den Kopf der Bevölkerung entfallen (etwa 50 Millionen), aber es will ihm durchaus nicht als zwingende Logik in den Kopf, daß von anderen Industrien schlecht bezahlte Arbeiter an Schuhen sparen; wenn der Eilendreher mehr verdiente, würde er sich gern Stiefel kaufen, und wenn der Schuharbeiter mehr verdiente, dieser eben alle anderen Rughüter. Jede Industrie hält ihre Arbeiter so knapp als irgend möglich und sieht nicht, daß ihre Arbeiter dann eben auch ihre eigenen Produkte nicht kaufen können — und daß alle anderen Käufer auch an dieses Gesetz gebunden sind. Geschäft und Arzt, Briefträger und Regierungsrat. Sehen wir den Fall, man könnte den rund 20 Millionen Erwerbstätigen mit kleinem Einkommen mit einem Schlage 10 Mark monatlich mehr Reallohn geben (nur 5 Pfennig die Stunde), so würde diese im Monat für 200 Millionen Mark mehr Rughüter kaufen, 2½ Milliarden im Jahr, etwa 10 Prozent der Gesamtproduktion ohne Export. Was sie nicht sofort in Rughütern anlegen, kommt als billiges Spartapital ebenfalls der Wirtschaft zugute. Hohe Löhne sind also die beste Konjunktur.“ Die gleichen Voraussetzungen, von denen Prof. Oppenheimer ausgeht, treffen auch für die Schweiz zu. Die Reichsstatistik des Jahres 2000 werden rückblickend den eidgenössischen Lohn-drückern der Jahre 1915—1930 keine Ruhmesblätter widmen.

Löwenstein.

Tod des Kunstseidenpekulanten.

Das eine scheint festzustehen: der Bankier Alfred Löwenstein ist Anfang Juli auf einer Fahrt mit seinem Flugzeug über den Aermelkanal irgendwie verunglückt. Sehr wahrscheinlich ist er aus einer Höhe von 1600 Metern in das Meer gestürzt. Im Flugzeug blieben von ihm nur Taschentuch und ein Kragen zurück, den sich der Bankier, der oft von Atemnot geplagt wurde, wohl kurz vor dem Unglücksfall abwarf. Wie das Unglück geschehen ist, darüber wissen seine Begleiter nichts zu sagen und auch die gerichtliche Untersuchung ist bisher zu keinem Feststellung gekommen. Ob er Selbstmord verübt hat, der große Finanzkünstler, der bei seinen Börsenaktionen wenig nach dem Wohl und Wehe seiner Mitmenschen fragte, kann angenommen werden, ist aber keineswegs erwiesen. Daß ihn aber größere Vermögensverluste in den freiwilligen Tod getrieben haben, dürfte kaum zutreffen. Gewiß hat Löwenstein in den letzten Monaten, besonders durch seinen Kampf um die Bank von Brüssel und um die deutschen Kunstseidenkonzerne riesenverluste erlitten. Sie wollen aber gegenüber dem gigantischen Vermögen Löwensteins, das auf Goldmilliarden einzuschätzen ist, gar nichts besagen. Löwenstein war eine ausgeprägte Spielernatur. Sehr oft hat dieser Spekulant an den Boden gehen müssen, ohne daß diese feisthame Natur resignierte. Soweit die Arbeit der Vermögensverwaltung Klarheit über den Löwensteinischen Nachlaß geschaffen hat, ist ein Vermögensverfall in dem Ausmaß, daß Alfred Löwenstein dieserhalb den Freitod suchte, nirgends zu erkennen. Das Leben Alfred Löwensteins, das immer ein Rätsel war, schließt also auch mit einem Rätsel ab.

Alfred Löwenstein war der Sohn eines kleinen Bankiers. Schon vor dem Kriege brachte er es durch Börsenspekulation zu einem ansehnlichen Vermögen; trotzdem gehörte er keineswegs zu den reichen Leuten in Brüssel. Sein Aufstieg erfolgte während des Weltkrieges, in dem er seiner Pflicht gegenüber dem Vaterlande mit gutem Erfolg als Armeelieferant genügt. Die Nachkriegszeit sah dann sein Eindringen in die internationale Finanz und in die großen Produktionskonzerne, in Belgien, in Frankreich, in Deutschland, in der Schweiz, in England, in Amerika und China, und wo sonst noch seine Geschäftsinteressen gelegen haben mögen. Der Armeelieferant der belgischen Armee konnte keine nationale Beschränkung; für seine geschäftlichen Unternehmungen war die ganze Erde eben seine Welt. Es gibt in der internationalen Industrie fast kein Unternehmen von irgendwelcher Bedeutung, das nicht irgendwann und irgendwie mit Alfred Löwenstein zu tun gehabt hätte. Der Verkehr mit Löwenstein war für diese Gesellschaften nicht immer ohne Gefahr. Die Produktion an und für sich interessierte ihn sehr wenig. Er stand ihr auch immer als Finanzmann, als Geldverleiher gegenüber und wußte dabei auf seine Kosten zu kommen. Eine Reihe von internationalen Kunstseidenkonzernen könnte darüber wenig Erbauliches berichten. In gewisser Beziehung erinnert er an den verstorbenen Hugo Stinnes. Und wie Hugo Stinnes hat Löwenstein die Phantasie der breiten Volksschichten in den Nachkriegsjahren stark beschäftigt, so stark beschäftigt, daß viele Kreise in der alten und neuen Welt nicht an den Tod Löwensteins glauben wollten. Gewiß, alte Barbarisalegende! Aber auch ernsthafte Börsenleute waren tagelang der Ansicht, daß der Sturz aus dem Flugzeug in den Aermelkanal gemacht sei, mit dem Ziel, die Kurse der Löwensteinischen Papiere zu drücken. Der Unglücksfall wäre dann nichts als ein großes Börsenmanöver, als eine kühne Saïsspekulation. Er hat oft mit anderen Mitteln gearbeitet. Wenn das der Fall gewesen wäre, so hätte der seltsame Coup Erfolg gehabt, denn die Löwensteinischen Papiere gingen nach dem Eintreffen der Nachricht von dem Tode des großen Spekulanten katastrophal herunter, um sich im gleichen Tempo zu erholen.

Löwenstein interessiert uns ganz besonders, denn er ist der Schöpfer des größten Kunstseidenkonzerns. Die Kunstseideninteressen haben bei Löwenstein immer eine Rolle gespielt und jahrelang wurden die Kurse der Kunstseidenpapiere aus dem Hauptquartier Löwensteins in Brüssel diktiert. Es sei nur an die großen Kämpfe um die Elberfelder Glanzstoffe erinnert, die sich vor Wochen an der Berliner Börse abspielten und die interessierten Kreise bis in die jüngste Zeit in Atem hielten. Seine Kunstseideninteressen stützten sich auf die belgische Tubize-Gesellschaft, die Löwenstein wohl souverän beherrschte. Großen Einfluß besaß er auch auf die holländischen Produktionsstätten, auf die Enka und die Breda. In Polen war seine Herrschaft in der Tomajza-Gesellschaft verankert. Wenn man sich die Beteiligung Löwensteins an den genannten Werken näher ansieht, ergibt sich, daß sein Aktienbesitz nicht gerade beträchtlich war; er schwankt gewöhnlich zwischen 10 bis 15 Proz. Löwenstein ging nämlich nicht auf den Besitz dieser Werke aus, sondern er brauchte eine qualifizierte Minderheit, genügend starken Einfluß, um sie wie Schachfiguren in seinen internationalen Kombinationen benutzen zu können. Vielleicht war das Ziel seiner Börsentätigkeit auf dem Kunstseidenmarkt die Errichtung eines europäischen Kunstseidenblocks. Dafür spricht auch ein Eindringen in die deutsche Kunstseidenindustrie, in den Sembergerkonzern und in die Elberfelder Glanzstoffe. Die beiden Konzerne hätten seine europäischen Interessen in geradezu idealer Weise abgedeckt. Es ist Löwenstein auch gelungen, 15 Proz. des Aktienkapitals der Glanzstoffe und ungefähr 11 Proz. des Kapitals der Semberg A.-G. zu erwerben. Die Kämpfe, durch die gerade die Glanzstoffaktien in kurzer Zeit verachsend im Kurs getrieben wurden, sind ja genügend bekannt und an dieser Stelle des öfteren erörtert worden. Die Verwaltung von Glanzstoff eigentlich zu Löwenstein stand — man weiß sich häufig, aber man schenkt sich auch noch häufiger zu betragen — ist nicht recht ersichtlich. Annehmen darf man, daß Löwenstein in dem Verkauf um die Wuppertaler Konzerne gegenüber den anderen Bewerbern, der J. G. Harbermann & Co., den kürzeren Atem hatte. Sein Spiel um die deutsche Kunstseide verlor Löwenstein eben an den Harbermann. Was aus den Kunstseidenplänen Löwensteins werden wird, kann man heute natürlich nicht sagen, denn aus dem einfachen Grunde nicht, weil solche in obigen Sachverhalten, mit der Löwenstein verwenden konnte, fürs erste wohl kaum in einer Hand vorhanden sein dürften.

Die Kunstseidenkonzerne Löwensteins waren in einer Dachgesellschaft, der International Holding and Trading Co., zusammengeschlossen. In dieser Dachgesellschaft befanden sich neben Kunstseidenkonzernen noch Gemische,

elektrische und Bankinteressen. Es fällt auf, daß Löwenstein an den alten traditionellen Industrien, dem Bergbau und der Eisenindustrie, völlig desinteressiert war. Er suchte das Neuland der Kunstseide und der Elektrizität, wo das Risiko für den Finanzier größer war als anderswo, wo aber auch riesige Profitsquoten winkten. So erscheint Löwenstein als Neuerer, als Pionier, und zweifellos ist durch seine Transaktionen an den Börsen der Entwicklung der internationalen Kunstseidenindustrie mitunter gedient worden, wenn eine solche Auswirkung auch nicht das Ziel des Finanzmannes war, bei dem Geldverdienern unter allen Umständen groß geschrieben wird. Löwenstein interessiert in diesem Sinne, weil in ihm der unpersonliche Kapitalismus, wie er in der Kunstseide üblich ist, persönlichen Ausdruck findet; Löwenstein steht damit schließlich mit auf der Brücke zwischen einem im Prinzip überwindenen persönlichen Kapitalismus und dem neuen aufsteigenden modernen Kapitalismus, dem unpersonlichen, dem organisierten Kapitalismus. Er ist ohne Zweifel Exponent einer bestimmten Veränderung, die die Struktur des Kapitalismus umschichtet, und aus dieser seiner Stellung erklärt sich schließlich, daß das Spiel des großen Spekulanten mit einem Fiasco endete. Typisch ist dafür die Kunstseide. Konnte Löwenstein nicht in die Wuppertaler Konzerne herein, so hatten alle seine Aktionen um die Kunstseide keinen Wert, Aktionen, die mit beispielloser Sorgfalt ausgearbeitet wurden. Dieser Löwenstein war nämlich im Grunde genommen nicht, wie oft behauptet wird, die Natur des Kapitaloffiziers, der auf gut Glück Börsenaktionen unternahm. Ueber-



Frage: „Wie verbessere ich meine wirtschaftliche Lage?“ Antwort: „Indem Du Mitglied des D.L.A. wirst!“

prüft man seine großen Transaktionen, die jahrelang von aller Welt bestaunt wurden, so merkt man sehr bald, daß ihnen ein genau umrissener Totalplan zugrunde lag. Das geht so weit, daß der Finanzmann versucht, mit Stabilisierungsanleihen, die er u. a. Belgien und Frankreich anbot, Einfluß auf die staatliche Diskontpolitik und auf den Kurs der amtlichen Wirtschaftspolitik zu erlangen. Hugo Stinnes hat vor Jahren denselben Weg zu gehen versucht, indem er die Hand nach der deutschen Reichsbahn ausstreckte.

Woran Löwenstein scheiterte? An einer Strukturfrage des Kapitalismus, am organisierten Kapitalismus. Was nützte es ihm schließlich, wenn er ganze Aktienpakete von Kunstseidenkonzernen aufkaufte? Damit war wohl Geld zu verdienen, aber den großen Coup, den großen Schlag, konnte er nicht landen. Die Verwaltungen der bedrohten Konzerne beschloßen eben die Kapitalserhöhung, und aus der qualifizierten Minderheit, die Löwenstein immer erstrebte, wurde ein Nichts. Der persönliche Kapitalismus hat sich überlebt gegenüber der neuen Form, die sachlicher Kapitalismus ist, und die auch die industrielle Betätigung bereits mehr oder weniger als eine Angelegenheit erscheinen läßt, für deren Regelung das öffentliche Interesse zuständig ist.

Preisfestlegung ist notwendig.

Wie nach den beiden Messen des Jahres 1927, so hat auch im Anschluß an die Leipziger Frühjahrsmesse 1928 das Institut für Konjunkturforschung in Verbindung mit dem Leipziger Mechaniker eine enquetemäßige Befragung der deutschen Aussteller über den Verlauf und Erfolg der Frühjahrsmesse 1928 durchgeführt. Die Untersuchungen haben ergeben, daß sich Auftragseingang und Kundenwerbung gegenüber den beiden vorjährigen Messen behauptet und vielfach noch gebessert haben. Die Erhebungen haben zu der Feststellung geführt, daß im Inlandgeschäft die geforderten und zum Teil gegenüber der letzten Messe erhöhten Preise vielfach von der Kundschaft bewilligt wurden, allerdings nur nach Einräumung verlängelter Zahlungsfristen. Im Auslandsgeschäft dagegen hat sich die Preisstellung auf der Messe als zu hoch erwiesen. Nach eingehenden Untersuchungen kommt das Institut für Konjunkturforschung zu dem Ergebnis, daß sich für die industrielle Fertigung zwei Wege zur Überwindung der Exporthemmnissen bieten: einmal die Herstellung hochwertiger Qualitätsware und ferner die Preisfestlegung durch rationale Serienherzeugung. Auch über die Umsätze auf der Leipziger Frühjahrsmesse sind nach verschiedenen Methoden Erhebungen angestellt worden, nach denen der Betrag von 1 Milliarde Reichsmark als untere Grenze der auf der Messe gestützten Aufträge angesehen werden muß. Dieser Betrag stellt allerdings nur die untere Grenze dar, weil auf der Messe teilweise nur Probeaufträge erteilt werden, die bei betriebsfähigem Ausfall später zu endgültigen Bestellungen führen.

Textilarbeiterleben vor 2000 Jahren.

J. L. In einer südwestlich von Kairo gelegenen Oase bestand im dritten vorchristlichen Jahrhundert eine griechische Siedlung. Auf einem Hüftenplateau am Rande des Fruchlandes erhob sich zu Ehren des regierenden Königs Ptolemaios Philadelphos die staatliche Ortschaft Philadelphos. Dort herrschte ein reges Handelsleben und bestand auch ein blühendes Gewerbe. Jenon, der Untergebene des königlichen Finanzministers Apollonius, stand im Mittelpunkt des ganzen öffentlichen Lebens und Treibens, und förderte nach besten Kräften Handel und Gewerbe der neu gegründeten Stadt. Nach allen Seiten wurden die regsten Handelsbeziehungen unterhalten; man handelte mit Getreide, Wein, Oliven, Honig, getrockneten Fischen, Schafen, Äthern, Sklaven und Sklavinnen, mit Webwaren, schiedener Art und sonstigen Gegenständen. Der Ruf der Stadt verbreitete sich und es kamen aus den umliegenden Dörfern und Gauen viele Landarbeiter, Handwerker, Handelsleute und Gewerbetreibende. Es entfalteten sich Freigedanken, Intrigen, Zank und Streit und viele Beschwerden, — und heute kennzeichnen nur noch traurige Ruinen die einstige Stätte fleißiger Arbeit.

Verstetig wurden daselbst im Laufe dieses Jahrhunderts von englischen und deutschen Gelehrten Ausgrabungen vorgenommen, die bedeutende Funde ergaben. Im Jahre 1915 machten eingeborene Bauern, die zur Düngung ihrer Felder die Erde aus den Ruinen von Philadelphos holten, einen außerordentlich großen Fund von Papyrus aus dem 3. Jahrhundert vor Christi Geburt. Aus diesen Urkunden erfahren wir die rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände dieser Kolonie und das Treiben und Leben, die Mühe und Sorgen ihrer Bewohner. Prof. Paul Bieder gibt uns in einem musterhaft geschriebenen, ausführlich gehaltenen Werk, das soeben bei J. C. Hinrichs in Leipzig erschienen ist, Kunde von „Philadelphos, die Gründung einer hellenistischen Militärkolonie in Ägypten“.

Wir erfahren daraus verschiedenes über die Webererei und über das Leben der Textilarbeiter vor 2000 Jahren. Unter den Gewerben nahm die Webererei eine der ersten Stellen ein. Große Flachseiden und Schafwollen lieferten den Rohstoff für die Webererei, die damals unter staatlicher Kontrolle standen; der Staat regelte auch den Verkauf der Waren. Wolle und Flach wurden zum Teil von den einzelnen Leuten zu Hause, zum Teil in Fabriken von Sklavinnen zu Stoffen und Kleidungsstücken verarbeitet. Es wurde großer Wert auf gute ausländische Schafstämme mit guter Wolle gelegt. Ein interessanter Bericht des Inspektors der Schafherden gibt uns Aufschluß über den Preis, die Art der Gewinnung und Verwendung der Wolle. Die kostbare Wolle der mit Schuttedecken versehenen Schafe durfte nicht geschoren, sondern mußte gerupft werden, was für die Schafe eine nicht gerade angenehme Prozedur bedeutete, die aber in vergangener Zeit auch anderwärts in Anwendung kam. Diese gerupfte Wolle war erheblich teurer als die gewöhnliche, deren Preis für eine Mine (etwa ein Pfund) zwischen 3 Obolen und einer Drachme schwankte. Zur Reinigung der Wolle gebrauchte man sogenanntes Seifenkraut.

In einer Urkunde schreiben die Mitglieder einer Weberfamilie, zwei Brüder nebst Mutter und Frau an Jenon: „Da wir hören von dem Ruhm der Stadt und daß Du, der Vorsteher, tüchtig und gerecht bist, so haben wir uns entschlossen, zu Dir nach Philadelphos zu kommen.“ Sie versprechen sich, wie sie weiter ausführen, auf Mantel, Röcke, Gürtel, Oberkleider, Dergengenteile, Sacktücher oder Binden, ferner auf Spaltröcke für Frauen, Umschlagetücher, lange Gewänder und Frauenkleider mit purpurnem Saum auf beiden Seiten. Auch erbieten sie sich, falls Jenon es wünsche, andere in die Lehre zu nehmen und in der Webkunst zu unterrichten und Leute aus Philadelphos und Moithynis zu nennen, die über sie die nötige Auskunft geben können. Andererseits möge Jenon aber den Nikias anweisen, ihnen eine Wohnung in Philadelphos zu beschaffen. Diese Weber arbeiteten dann im Auftrage des Staates und erhielten einen ausbedungenen Stücklohn. Dieser vereinbarte Lohn war aber offenbar zu niedrig und die Weber traten daher in eine Lohnbewegung. In einem in energischem Tone gehaltenem Schreiben heißt es:

„Wir sind hierher gekommen, um Arbeit zu leisten. Damit wir aber auf unsere Kosten kommen, muß man uns für Wachen und Secheln eines Hundes Flach eine Drachme geben und als Wehlohn für ein linnenes Gewand 3 Kupferdrachmen, und das ist auch für uns nicht einmal ausreichend; es haben immer drei Leute mit einem Gewande zu tun und eine Frau, und sechs Tage dauert es, bis man das Gewand vom Wehstuhl nehmen kann.“

Wenn Dir das nicht gut scheint, dann gib jedem von uns 1½ Obolen und der Frau eine halbe Obole und gib uns einen Diener, der geeignet ist für den Wehstuhl.“

Ob Jenon diese Lohnforderung gutgeheißen hat, geht aus den Urkunden nicht hervor. Jedenfalls befanden sich die Weber schon damals in keiner beneidenswerten Lage, denn es wird von Beschwerden und allerlei Betrügereien berichtet. In anderen Gewerben kam es sogar verheerend zum Streit. Auch damals gab es schon „hegerliche Leute“. In einer Teppich- und Wolldeckenwebererei soll es beispielsweise einige solche „betrügerische und hegerische Leute“ gegeben haben. Ein gewisser Nechthembis machte die Wolldecken kleiner als er sollte, so daß sie um 6 Minen, etwa 5 Pfund, zu wenig Gewicht hatten, dazu brachte er sie noch feucht auf die Waage, legte auf diese noch einen anderen Gegenstand, von dem man nicht weiß, was er gewesen ist, um so über das Gewicht der Decken zu täuschen. Außerdem fehlten bei den Decken an der Länge eine Elle, an der Breite zwei Finger, so daß sie gar nicht auf die Lagerstätten paßten.

Und so wie heute an manchen Orten Demunzianten ihr dunkles Wesen treiben, so gab es auch damals schon Leute, die ihre Kameraden um ihres eigenen Vorteils wegen verklagten. Es wird beispielsweise von einem Pais berichtet, der ein Konkurrent von Nechthembis war, welcher in einem Schreiben an Jenon über Nechthembis schreibt: man solle ihm wegen dieser Betrügereien die Hände abhauen, zumal er noch die übrigen Teppichweber aufhebe und verderbe. „Das habe ich Dir mitgeteilt,“ schließt Pais sein Schreiben. „Damit niemand Dich irreführt und ich Deine Fürsorge genieße.“ Von einem Weber Tolas wird gemeldet, daß er vor fünf Weppern auf Wadoios Anordnung hin derart geschlagen worden sei, daß ihm die Haut in Fetzen vom Weibe hing.

Die Textilarbeiter scheinen stark verbreitet gewesen zu sein und auf hoher Stufe gestanden zu haben. Das zeigt u. a. ein Verzeichnis der Kleidungsstücke, die Jenon auf einer seiner vielen Reisen mitnahm: wir finden da: einen leinenen Umhang, sechs Oberkleider und elf Unterkleider, solche für den Sommer und solche für den Winter, weiße, erdfarbene, solche von der Farbe der Röhrenerde und dattelfarbene, auch solche, die mit Tiermel versehen waren und ein ungewürztes Oberkleid. Weiter verschiedene Mäntel, ein Paar farbige Kopftücher, erdfarbene und weiße Strümpfe und zwei weiße Gürtel.

Es herrschte also schon vor 2200 Jahren nicht eitle Freude über ihr Schicksal unter den Arbeitern, sondern sie mußten sich damals wie heute noch ihr Lebensglück erkämpfen.

Politische Wochenschau.

Sommerferien des Reichstags. — Senkung der Lohnsteuer. — Die Amnestie. — Das Programm des Reichsarbeitsministers. — Die Krise bei den Deutschnationalen. — Fünf Todesurteile in Mostau vollstreckt.

Der Reichstag ist am 13. Juli in die Sommerferien gegangen, er wird voraussichtlich im November seine Verhandlungen wieder aufnehmen. Neben einer Anzahl kleiner Vorlagen ist nur die Senkung der Lohnsteuer und die Amnestievorlage verabschiedet worden. Das neue Kabinett wird die Sommerpause dazu benutzen, um die von ihm angekündigten gesetzgeberischen Maßnahmen vorzubereiten und den Etat für das nächste Jahr auszuarbeiten.

Nach dem Beschluß des Reichstags wird die Lohnsteuer um 25 Proz. bis zu 3 Mt. monatlich gesenkt. Dafür stimmten Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum, daneben noch einige Abgeordnete der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei und der Nationalsozialisten. Die Kommunisten — das muß ausdrücklich festgehalten werden — haben gegen diese Vorlage gestimmt. Gewiß hält auch die Sozialdemokratie die jetzt erzielte Senkung der Lohnsteuer noch nicht für genügend, aber die Annahme der Vorlage war notwendig, weil dadurch wenigstens ein Teil des Unrechts wieder gutgemacht wurde, das den Lohnsteuerpflichtigen im vorigen Jahr durch den Bürgerblock zugefügt worden ist. Durch das Vorliegen der Kommunisten waren die Sozialdemokraten gezwungen, eine Mehrheit für die Senkung der Lohnsteuer bei den bürgerlichen Parteien zu suchen, und nur dadurch ist es gelungen, wenigstens eine kleine Erleichterung für die Arbeiter herauszubolen.

Die vom Reichstag angenommene Amnestie erstreckt sich auf die politischen Gefangenen, sowie auf alle Personen, die wegen Verbrechen gegen das Militärstrafgesetz von Kriegsverurteilten bis zum 1. Oktober 1920 verurteilt worden sind. Etwa 120 Kommunisten werden amnestiert werden, davon 100 vollständig, weitere 20 müssen noch ein bis zwei Jahre Strafe verbüßen, weil sie Verbrechen gegen das Leben begangen haben, die nur teilweise amnestiert werden. Die Strafe von 5 bis 7 Jahren wird auf 7 1/2 Jahre herabgesetzt, in einem halben Jahre wird er entlassen. Auf der andern Seite kommt die Amnestie aber auch einer Anzahl politischer Verbrecher von der Rechten zugute, eine Anzahl von Fremdmördern erhalten gleichfalls eine Herabsetzung ihrer Strafezeit. Im Anschluß an diese Reichs-amnestie werden auch die Länder Amnestierungen in großer Zahl vornehmen, vor allem für Vergehen sozialer Natur. Wenn auch die Begnadigung der Fremdmörder in Kauf genommen werden mußte, so bedeutet doch diese Amnestie einen Erfolg sozialdemokratischer Arbeit. Er wäre nicht erzielt worden, wenn die Sozialdemokraten dem kommunistischen Rezept gefolgt und den Bürgerblock wieder ans Ruder gebracht hätten.

Der neue Reichsarbeitsminister, der Sozialdemokrat Wisseil, hat vor Vertretern der Presse sein Arbeitsprogramm entwickelt. Das Arbeitsschutzgesetz ist vom Reichsrat bereits verabschiedet worden, es wird jetzt dem Reichstag zugehen. Zur Ergänzung dieses Gesetzes soll ein Bergarbeiterschutzgesetz geschaffen werden. Das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag soll endlich ratifiziert werden. Die ganz veraltete Seemannsordnung wird dem neuen Arbeitsrecht angepaßt. Beim Schlichtungswesen sollen in möglichst weitem Umfang Selbstverwaltung und Selbstbestimmung der Organisation gefordert werden. Die staatliche Schlichtung betrachtet Wisseil lediglich als Hilfe zum Abschluß von Gesamtvereinbarungen. Nur dort, wo die Parteien die ihnen gestellten Aufgaben nicht lösen können und die Allgemeinheit dadurch Schaden nehmen könnte, behalte sich der Staat vor, den unter Mitwirkung der Parteivertreter vorge-

schlagenen Vertrag durch Verbindlichkeitsklärung in Kraft zu setzen. Mißstände sollen nach Möglichkeit beseitigt werden. Es werde nichts unversucht gelassen werden, um die Lage der Erwerbslosen zu bessern und den Kleinrentnern zu helfen. Eine der nächsten Aufgaben sei die Rationalisierung der Reichsversicherung und die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Berufe, die bisher davon nicht erfasst worden sind. Die Kriegsbeschädigtenversorgung soll ausgebaut und verbessert werden. Die Ausführung dieses Programms hängt allerdings davon ab, ob dem Reichsarbeitsminister die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden und ob sich im Reichstag eine Mehrheit findet, die zusammen mit der Sozialdemokratie entschlossene sozialpolitische Arbeit leisten will.

Die Auseinandersetzungen bei den Deutschnationalen, die sich an das Verlangen des Abgeordneten Lambach, seine Partei solle sich auf den Boden der Republik stellen, geknüpft hatten, haben zu einer schweren Krise geführt. Die Leitung der Deutschnationalen Partei wollte es zu keinem offenen Bruch mit Lambach kommen lassen, da hinter ihm der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und ein Teil der christlichen Gewerkschaften stehen. Es sollte deshalb der zuständigen Bezirksorganisation überlassen bleiben, ob sie den Antrag auf Ausschluß Lambachs stattgeben wolle oder nicht. Damit war aber der Abgeordnete Hugenberg, der Leiter des deutschnationalen Zeitungskonzerns und Führer der völkischen Gruppe in der Deutschnationalen Partei, nicht einverstanden. Er drohte damit, daß er eine neue Partei gründen würde, wenn Herr Lambach nicht ausgeschlossen werde. Im Laufe der Auseinandersetzungen war der bisherige Parteivorsitzende Graf Westarp schon entschlossen, sein Amt niederzulegen. Nur mit Mühe konnte ein Auseinanderfallen der Partei verhindert werden. Man wird sich bei den Deutschnationalen bis zum Herbst wieder versetzen; trotzdem ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Krise dann wieder von neuem ausbrechen wird. Es handelt sich nicht allein um Monarchie oder Republik, sondern vielmehr darum, ob der Unternehmerrückgang auf künftig das Übergewicht bei den Deutschnationalen haben soll oder ob man dort den Vertretern der christlichen Gewerkschaften einen größeren Einfluß einräumen will. Nehmliche Erscheinungen zeigen sich übrigens auch bei den andern bürgerlichen Parteien. Sie sind ein Zeichen dafür, daß die Klassengegensätze zwischen Besitz und Arbeit immer stärker werden.

Von den im Mostauer Schacht-Prozess gefällten 11 Todesurteilen sind 5 sofort vollstreckt worden, trotz des Protestes aus dem Auslande, die vor allem von solchen Organisationen und Personen kamen, die ein gutes Verhältnis zu Sowjetrußland wünschen. Die deutschen Kommunisten haben die Vollstreckung der Todesurteile mit der Ausrede zu entschuldigen versucht, daß es sich nicht um Hinrichtungen, sondern nur um „physische Vernichtungen“ handle. Ob man die Todesstrafe so oder so nimmt, gewiß bleibt nur, daß sie gegen jedes menschliche und kulturelle — Empfinden spricht. Wenn die kommunistische Presse behauptet, daß die Vollstreckung der Todesstrafe in Rußland ein Teil des Klassenkampfes sei, den dieser Staat gegen das Kapital führe, so steht dem die Tatsache gegenüber, daß das sowjetrußische Gericht es nicht gewagt hat, die deutschen Ingenieure zu verurteilen. Das deutsche Großkapital hatte nämlich mit dem Abbruch der Beziehungen gedroht, wenn ihren Ingenieuren etwas zustoh; darauf ist dann auch das freisprechende Urteil gegen die angeklagten Deutschen erfolgt. Mit dem „Klassenkampf“ hat also die Vollstreckung der Todesstrafe nichts zu tun.

Schuldverschreibungen ist zu der Verzinsung von 5 Proz. im vorigen Jahre noch eine jährliche Tilgungsrate von 1 Proz. des Kapitalbetrages gekommen. Da der Kapitalbetrag der Eisenbahnobligationen auf 11 Milliarden Mark beziffert ist und der der Industrieobligationen auf 5 Milliarden, so ist daraus eine Mehrbelastung von 110 Millionen Mark für die Eisenbahn und 50 Millionen für die Industrie erwachsen. Auch dieser Teil könnte aufgebracht werden.

Verstärken wird sich das Belastungsproblem der Reparationsverpflichtungen durch die starke Steigerung der Leistungen aus dem Reichshaushalt. Es ist eine Frage der Steuerverteilung, zu welchen Lasten diese Kosten gehen. Bisher sind die Leistungen aus dem Reichshaushalt von den Massensteuern beglichen worden. Das Mehraufkommen aus der Lohnsteuer hat dazu herhalten müssen, den Reparationsagenten zufrieden zu stellen. Die Steuerkämpfe der nächsten Jahre werden ein Spiegelbild dafür abgeben, wie sich die einzelnen Parteien zu der Frage der Lastenverteilung stellen werden. Sie werden zeigen, ob auch jetzt noch die bürgerlichen Parteien, trotz der schweren Wahlverlustrage, bereit sind, die Besteuern unter allen Umständen abzubauen, die Massensteuern aber zu erhöhen.

Eine weitere schwierige Frage der Reparationszahlungen, die jetzt immer stärker nach Lösung schreit, ist die Festsetzung der Endsumme, die Deutschland zu zahlen hat. Die deutschen Reparationsleistungen sind nicht begrenzt, wir führen jährlich die uns auferlegten Leistungen ab, ohne zu wissen, auf wie lange Zeit. Die Höhe der Reparationslast kennen wir nicht, wir wissen auch nicht, ob die in den nächsten Jahren abzuführenden Leistungen nicht noch höher sein werden als in dem im September beginnenden ersten Normaljahr. Deutschlands Leistungen können sich um einen weiteren noch näher zu errechnenden Betrag erhöhen, wenn die Voraussetzungen des sog. „Wohlstandsindex“ erfüllt sind. Außer dem Normalbetrag von 2,5 Milliarden soll für 1928/30 und die folgenden Jahre noch ein Zuschuß gemäß dem Zuwachs des Wohlstandes in Deutschland gezahlt werden. Dieser Wohlstandszuwachs wird für jedes Jahr nach einem eigens dazu aufgestellten Index Stimmen bei den Gläubigern mehren, die die Begrenzung von der Reparationskommission berechnet. Wenn sich jetzt die

der Reparationslast fordern, so spricht hierfür nicht zuletzt der Grund, daß dieses Berechnungsschema auf die Dauer sowohl für Deutschland wie auch für die Gläubigerländer unerträglich ist. Es bedarf keiner besonderen Begründung, daß gerade die Arbeiterklasse die endgültige Festsetzung der Reparationsleistungen begrüßen würde. Aber es darf auch kein Zweifel darüber bestehen, daß dies auf einer ganz anderen Basis geschehen muß. Auf der Grundlage der gegenwärtigen Belastung eine endgültige Regelung vorzunehmen, würde bedeuten, daß die Gehalts- und Lohnempfänger jahrzehntelang für die Wiedergutmachung der Schäden arbeiten und darben, die eine verblendete Kriegsführung angerichtet hat.

Wenn immer noch Hoffnungen bestehen, daß der Dawesplan geändert wird, so sind diese Hoffnungen einzuweichen noch verfrüht. Bis jetzt ist noch nicht erwiesen, wie weit die deutsche Leistungsfähigkeit reicht, ob sie nicht vielleicht niedriger ist, als auf Grund der bisherigen Erfahrungen erscheinen mag. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß sich die Gläubigerländer manchen Täuschungen über die dauernde Leistungsfähigkeit Deutschlands hingeben. Aber die Revision des Dawesplanes wird solange auf große Schwierigkeiten stoßen, wie die Befragungsfrage ungelöst bleibt und die interalliierte Schuldenfrage nicht geregelt ist. Seit dem Waffenstillstand hat die Befragung etwa 6,2 Milliarden gekostet. Bis zum Inkrafttreten des Dawesabkommens, 1. September 1924, sind 5,4 Milliarden an Befragungskosten verbraucht worden, im ersten Dawesjahr 214 Millionen, im zweiten Dawesjahr 197 Millionen, im dritten Dawesjahr 258 Millionen und im vierten Dawesjahr etwa 200 Millionen. Die genauen Zahlen für das letzte Jahr werden erst später bekannt gegeben werden. Wahrscheinlich im Oktober, wenn der Reparationsagent seinen Jahresbericht für das vierte Dawesjahr bekannt gibt. Dieser Betrag, den die Befragung verschlungen hat, hätte ausgereicht, den wichtigsten Teil der zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Das Geld, das jetzt für unproduktive Zwecke verausgabt wurde, hätte manche Not und manchen Gram mildern können. Die unnütze und nur neue Zwietracht säende Solbatenpielerei macht die vernünftige Regelung der Reparationsfrage, auf die alle Welt wartet, einfach unmöglich. Es wird lange dauern, bis hier die Vernunft einkehrt.

Aus der Textilindustrie.

Der Schiedsspruch über das Arbeitszeitabkommen für Westfalen vom Reichsarbeitsministerium nicht verbindlich erklärt.

Unter dem Vorsitz des Schlichters Geheimrat Gaal-Bredben ist vor einigen Tagen ein Schiedsspruch über ein neues Arbeitsabkommen gefällt worden, der von der Arbeiterschaft abgelehnt werden mußte. (Ueber die Gründe der Ablehnung haben wir bereits in der vorigen Ausgabe des „Textil-Arbeiter“ berichtet.) Die Textilunternehmer haben dem Schiedsspruch zugestimmt und Verbindlichkeitsklärung beim Reichsarbeitsministerium beantragt. Die vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteten Einigungsverhandlungen scheiterten an dem Prinzip der westfälischen Textilunternehmer, sich unter keinen Umständen mit der Arbeiterschaft zu einigen.

Der Reichsarbeitsminister hat daraufhin die beantragte Verbindlichkeitsklärung abgelehnt.

Rückläufige Konjunktur in der Textilindustrie.

Die Konjunktur in der Textilindustrie hat in den letzten Monaten stark abgeflaut. Besonders in Sachsen tritt diese Tatsache recht deutlich in Erscheinung. Uns wird berichtet, daß im Juni beim sächsischen Arbeitsministerium 98 Anzeigen über beabsichtigte Stilllegungen von Betrieben eingegangen sind. In diesen 98 Anzeigen ist besonders die Textilindustrie beteiligt. Es entfallen auf die Baumwollindustrie 11, auf die Wollindustrie 10, auf die Textilveredelungs- und Ausstattungindustrie 6, auf die Wirkerei und Strickerei, die Gardinen-, Spitzen- und Tüllweberei, die Häkel- und Feingarnindustrie je 3, auf die Seiden- und Bastfaser-, die Teppich- und Möbelstoffindustrie, weitere Anträge entfallen auf die Posamentenherstellung, die Bandweberei, -wirkerei und -flechterei, so daß insgesamt gegen 47 Anzeigen vorliegen. Also fast die Hälfte aller Anzeigen entfällt auf die Textilindustrie.

Umwandlung der Scheidtschen Textilunternehmungen.

Die Scheidtschen Textilunternehmungen in Kettwig a. d. Ruhr sind in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Es betrifft dies die Firma Joh. Wilh. Scheidt Kommanditgesellschaft und Tuchfabrik Mt.-Gef. in Kettwig. Die neue Aktiengesellschaft ist mit einem Aktienkapital von 3 Millionen Mark ausgestattet worden. Sie übernimmt die Anlage der bisherigen Privatfirma gleichen Namens und bezweckt die Herstellung von Kamm- und Streichgarnen sowie der feinen Tuche. Die Borsitzer, Kommerzienrat Erhardt August Scheidt und Fabrikbesitzer Wilhelm Scheidt in Kettwig erhalten für das Einbringen je 1 498 600 Mt. Aktien, den Rest in bar. Der Gesamtwert der Aktien ist auf 12 592 998 Mt. festgesetzt, denen 8 667 105 Mt. Verpflichtungen gegenüberstehen. Vorstand ist Direktor Ernst Raiterer in Kettwig. Den ersten Aufsichtsrat bilden die Herren: Kommerzienrat Ernst August Scheidt, Fabrikbesitzer Wilhelm Scheidt, beide in Kettwig, Kaufmann Sigmar Scheidt in München und Kaufmann Hans Felker in Amsterdäm.

Aus dem gleichen Interessentkreis heraus wurde die Heinrich Rierhaus, Seidenbandfabrik A.-G. in Kettwig a. d. Ruhr gegründet. Das Aktienkapital beträgt 1 Million Mark.

Abänderung der Krisenfürsorge-Bestimmungen.

Der Hauptvorstand hat unterm 21. Juni 1928 an den Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, eine Eingabe gerichtet, in welcher er eine andere Regelung der Krisenfürsorge fordert und den Bundesvorstand bittet, in geeigneter Weise bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sowie auch auf der Regierung in diesem Sinne einzuwirken. Der Hauptvorstand verweist darauf, daß die gegenwärtige Krisenfürsorge den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise Rechnung trägt, und eine bittere Ungerechtigkeit, die beseitigt werden muß, darstellt.

Das fünfte Dawesjahr.

Am 1. September dieses Jahres beginnt das fünfte Jahr der Reparationszahlungen nach dem Dawesplan. Damit erhöhen sich die Lasten, die Deutschland nach der Annahme des Dawesabkommens zu tragen hat, auf 2,5 Milliarden Mark. Im vierten Dawesjahr, das vom 1. September 1927 bis zum 31. August des laufenden Jahres läuft, betrug Deutschlands Reparationsleistung 1750 Millionen Mark. Die neuen Leistungen verteilen sich wie folgt: 660 Millionen Mark Zinsen der Eisenbahn, 300 Millionen Industrieschuldverschreibungen, 290 Millionen Verkehrssteuern und 1250 Millionen aus dem Reichshaushalt. Neu ist an der Verteilung der Leistungen nur die enorme Erhöhung der Zahlungen aus dem Reichshaushalt, die in dem nunmehr beginnenden Normaljahr 750 Millionen mehr beträgt als im Vorjahre und 1140 Millionen mehr als im Reparationsjahr 1926/27, ohne den Ergänzungsbeitrag von 300 Millionen Mark, den Deutschland auf Grund der verkehrten Finanzpolitik unter dem deutschnationalen Finanzminister von Schlieben zahlen mußte, weil dieser mit seiner reaktionären Finanzkunst annähernd 3 Milliarden Mark an Zöllen und verpöndelten Steuern aus dem deutschen Volk herauswirtschaftete. Das Dawesabkommen enthält nämlich eine Klausel, wonach sich die Jahresleistung 1926/27 um den erwähnten Ergänzungsbeitrag erhöht, wenn die verpfändeten Steuern und Zölle den Gesamtbetrag von einer Milliarde überschreiten.

Bisher konnten die Daweszahlungen glatt aufgebracht und abgewickelt werden. Es ist auch nicht damit zu rechnen, daß im fünften Jahre sich daran etwas Wesentliches ändern wird. Zwar ist es fraglich, ob die großen Hoffnungen sich rechtfertigen werden, die man an den Eingang der Steuern knüpft. Aber noch haben immer die Prognosen unrecht behalten, die von den Reparationszahlungen den Zusammenbruch der deutschen Finanzen befürchteten. Die Zahlung aus der Beförderungsteuer stellt eine Belastung sowohl der Reichssteuereinnahmen wie des Eisenbahnbetriebes dar. Da dieser Teil der Reparationszahlungen nicht weiter steigt, ist anzunehmen, daß der Betrag in der bisherigen Weise glatt aufgebracht werden wird. Bei den Eisenbahn- und Industrie-

„Hände zucken... Sehnen sich nach Arbeit!“

Zunehmende weibliche Erwerbstätigkeit. — Werden weibliche Arbeitsuchende weniger gern vermittelt? — Wo bleiben Notstandsmaßnahmen für erwerbslose Frauen? — Mehr weibliche als männliche Kurzarbeiter? — Die Hausschneiderei im Absterben.

Wie wählen die Frauen?

Interessante Zahlen aus dem Wahlkreis Berlin.

Das Ergebnis der getrennten Abstimmung bei der Reichstagswahl des 20. Mai liegt jetzt auch für den Wahlkreis Berlin vor. Nach diesem Ergebnis wurden bei der Reichstagswahl insgesamt 189 512 Stimmen abgegeben. Davon waren Frauenstimmen 625 405. Es haben also 61 298 Frauen mehr gewählt, d. h. von der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen waren 52,5 Proz. Frauenstimmen. Es erhielten an Frauenstimmen: Sozialdemokraten 53,5 Proz., Deutschnationale 53,5 Proz., Deutsche Volkspartei 54 Proz. Den höchsten Hundertsatz von Frauenstimmen hat das Zentrum in Berlin aufzuweisen, das 62 Proz. an Frauenstimmen erhielt. Die Deutsche Demokratische Partei erhielt insgesamt in Berlin 78 096 Stimmen, davon waren 40 844 Frauenstimmen, also 52 Proz. Die Wirtschaftspartei zählte 50 Proz. als Frauenstimmen. Bei den Kommunisten waren 47,5 Proz. Frauenstimmen, bei den Nationalsozialisten 44,5 Prozent.

Die Frau auf dem Arbeitsmarkt.

Die statistische Beilage zum Reichsarbeitsblatt 1928 Nr. 19 bringt Zahlen über den Arbeitsmarkt im Deutschen Reich. Dabei wird dessen Entwicklung vom Mai 1927 bis Mai 1928 aufgezeigt. Das ergibt manches Aufschlussreiche in bezug auf Beschäftigungsgrad und Beschäftigungsausichten weiblicher Arbeitnehmer. Ersteres wird am Bestand der weiblichen Mitglieder der reichsgegliederten Krankenkassen (ohne Erbschaften) nachgewiesen. Jenen gleich hundert (100) gesetzt, erbringt folgende Beschäftigungsziffer der weiblichen Arbeitnehmer:

1927												1928											
Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Ok.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Ok.	Nov.	Dez.
107,3	107,7	107,9	108,5	108,5	108,1	110,0	108,5	106,5	105,5	105,5	106,4	107,3	107,7	107,9	108,5	108,5	108,1	110,0	108,5	106,5	105,5	105,5	106,4

Die männliche Beschäftigungsziffer — dadurch der Beschäftigungsstand überhaupt — ist etwas stärker gestiegen bzw. etwas schneller gesunken. Das scheint in der Hauptsache mit dem Mehr- und Mindestbedarf des Baugewerbe-Arbeitsmarktes zusammenzuhängen. Nicht ausgeschlossen ist aber auch, daß während der Konjunktur im Jahre 1927 die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt von den Vermittlungsstellen ausgenutzt wurden, um männliche Arbeitsuchende bevorzugt unterzubringen. Die auf Kosten der produktiven Erwerbslosen für betriebene Umschulungsversuche verfolgten, wenigstens was die deutsche Textilindustrie betrifft, alle dieses Bestreben.

Die getätigten Vermittlungen

liefern hierfür allerdings nicht gerade Beweise. Ein Vergleich könnte sogar zunächst zum Gegenteil führen. Nur wenn man die besetzten Stellen zu den offenen in ein Verhältnis bringt, bemerkt man, daß männliche Arbeitsuchende zu einem höheren Prozentsatz in Beschäftigung gebracht worden sind. Im einzelnen zeigt das untenstehende Tabelle.

Selbstverständlich ist nichts dagegen einzuwenden, daß die Arbeitsämter bei der Auswahl von Arbeitsuchenden gewisse soziale Momente und Billigkeitsgründe (Dauer der Arbeitslosigkeit) berücksichtigen. Nur dürfen sich darunter nicht Ermäßigungen mischen, die mehr traditioneller Art sind (der Mann hat bevorzugten Anspruch auf Erwerb), oder die auf der Tatsache beruhen, daß die weibliche Erwerbslose gefügiger ist und ihre Masse deshalb sozial weniger beunruhigend wirkt. Daß solche Ueberlegungen behördlicherseits möglich sind, ist aus den getätigten Notstandsmaßnahmen zu folgern.

Unter den am 15. Juni 1928 gezählten 87 732 Notstandsarbeitern aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung befinden sich ganze 323 weibliche. Für den gleichen Zeitpunkt werden aber 153 554 weibliche Hauptunterstützungsempfänger aus der Arbeitslosenversicherung und 22 412 aus der Krisenunterstützung ausgewiesen. Fürwahr Zahlen, die alles andere als das seither übliche Hinnehmen der weiblichen Erwerbslosenzahlen rechtfertigen. Noch dazu, als sicherlich die weiblichen Krisenunterstützungsempfänger bei weitem mehr wären, wenn nicht Industriezweige mit hohen weiblichen Beschäftigten- bzw. Erwerbslosenzahlen außerhalb des Bereiches der Krisenunterstützung blieben.

Es ist deshalb höchste Zeit, daß sich die maßgeblichen Stellen einmal ernstlich mit dem Zustand des weiblichen Arbeitsmarktes beschäftigen. Außer der Frage: welche Notstandsmaßnahmen sind zugunsten langfristiger weiblicher Erwerbsloser zu treffen, muß auch endlich einmal jenen das Handwerk gelegt werden, die aus lohn- und machtpolitischen Gründen Arbeiterinnen vom Lande massenweise in Industriegegenden verpflanzen.

In den Betrieben des Norddeutschen Volkonzerns, auch in einem bekannten Kammwollwerk in Kettwig — um nur einiges aufzuführen — könnten Studien gemacht und ernste Eingriffe erprobt werden.

Mehr weibliche als männliche Kurzarbeiter.

Die Kurzarbeiterunterstützung ist im Rahmen der Arbeitslosenversicherung nicht gerade glücklich geregelt. Es bekommen nur solche Kurzarbeiter eine Unterstützung, die in gewerblichen Betrieben mit regelmäßig 10 Arbeitnehmern beschäftigt sind, mindestens drei Tage in der Woche verkürzt arbeiten, vor der Kurzarbeit acht volle Tage Arbeitsausfall hatten und in den letzten 12 Monaten wenigstens 6 Monate in einer Beschäftigung gegen Arbeitslosigkeit versichert waren.

Der Zahl der Kurzarbeiter nach werden die Frauen vorwiegend von dieser Beschränkung betroffen. Das ist einem Bericht der Hauptstelle der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu entnehmen. Danach

Hirsch im „Magazin der Wirtschaft“ vom 21. Juni 1928. Er ist „Probleme der deutschen Bekleidungsindustrie“ betitelt und behandelt Erzeugung und Absatz in der gesamten Bekleidungsindustrie. Dabei wird folgendes interessante Zahlenbeispiel gebracht. In der Bekleidungsindustrie wurden umgekehrt:

	Vor dem Kriege		Nach dem Kriege	
	Groß- u. Einzelhandel	Konfektion	Groß- u. Einzelhandel	Konfektion
An Herrenanzug- und Paletotstoffen	90 %	10 %	70 %	30 %
An Damenstoffen	75 %	25 %	25 %	75 %

Prof. Dr. Julius Hirsch folgert: „Die Tendenz geht fraglos noch schnell voran. Die Hausschneiderei in Land und Stadt schwindet ganz offensichtlich.“

Dieser begründete Hinweis besagt nichts anderes, als daß abermals ein Gewerbegebiet, der vorwiegend dem Frauen-erwerb gilt und dessen Arbeitsweise den Frauen eine gewisse Selbständigkeit ermöglichte und gestattete, daß sie Hausfrauen- und Berufspflichten ohne besonders große Schwierigkeiten im Einklang bringen konnten, seinen handwerksmäßigen Charakter zugunsten des industriellen ablegt. Ob das zu bedauern ist, namentlich hinsichtlich der weiblichen Beschäftigten, die noch dazu von den weiblichen Konsumenten eine Umänderung ihrer Lebenslage zu erwarten haben, soll dahingestellt bleiben. Auf alle Fälle geht die Entwicklung ihren Weg, ja Prof. Hirsch — der Sachverständige — rät sogar aus sehr wichtigen wirtschaftlichen Gründen, diese Entwicklung zu fördern. Vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus sind seine Ratschläge sehr zu prüfen und für ihr Befolgen dort einzutreten, wo ein entwicklungshemmendes Verhalten die Folgen der Umstellung zu besonderen Schäden für die Arbeitnehmer werden läßt.

Dürfte dieser Weg der richtige sein?

Zu der aufgeworfenen Frage möchte ich nur einmal die trasse und himmelschreiende Ungerechtigkeit beleuchten, welche in den Spulereien der mechanischen Weberei vorherrscht. Solange nicht der einzelne Gerechtigkeits übt, wird in der Angelegenheit keine Besserung geschaffen. Fünf Jahre war ich eine dieser armen unterdrückten Spulerrinnen. Wir mußten sehr schlechte Garne spulen, so daß ich einmal mit 5 Mt. am Tag nach Hause gehen mußte. Als ich den Betriebsleiter bat, wir möchten für solches Zeug — Garn kann ich es kaum nennen — Stundenlohn haben, erhielt ich die hochfeyne Antwort: „Hm, A kriegen sie.“ Ich schämte mich, den eigentlichen Ausdruck auszuschreiben, aber es ist die pure Wahrheit. Mir riß die Geduld und ich ging zum Chef und legte ihm alles klar. Er stopfte mir den Mund, indem er mir 10 Mt. in die Hand drückte. Legte ich nun die 10 Mt. zu den verdienten 5 Mt., so hatte ich noch lange nicht den Stundenlohn einer Woche. Es war also eine ganz unzulängliche Hilfe. Noch dazu, als das schlechte Garn von uns immer weiter verarbeitet werden sollte. Auf Anraten eines Mitarbeiters, der Vorsitzender unserer Organisation ist, suchte ich das Verhandlungsbüro auf um bei den Kollegen Hilfe zu holen. Das ist inzwischen dem Betriebsleiter bekannt geworden und als ich zurückkam, empfing er mich mit den Worten: „Verlassen Sie sofort den Raum, oder ich schmeiße Sie raus.“ Wäre es nach mir gegangen, hätte ich die Angelegenheit dem Gericht übergeben, denn erstens war ich im Recht und zweitens können mir weder die Mitarbeiter noch die Vorgesetzten etwas nachreden, weil ich meinen Pflichten stets treu war. Meine Mutter hielt mich leider davon ab. Sie meinte, ich befäme dann in ganz N. keine Arbeit wieder, denn Gewalt gehe immer noch vor Recht. Auf Grund solcher Erfahrung suchte ich mir dann andere Arbeit im Stundenlohn. M. G. in M.

Aus den Gewerkschaften.

Helene Grünberg †.

Am Sonnabend ist in Nürnberg im 54. Lebensjahre durch ein tragisches Schicksal Helene Grünberg aus dem Leben geschieden. Ein Nervenanfall zwang sie im Jahre 1924 nach zwanzigjähriger Tätigkeit im Nürnberger Arbeitersekretariat in den Ruhestand zu treten. In einem Anfall geistiger Depression suchte sie den Freitod. Die Verstorbene ist auch in der Berliner Arbeiterbewegung keine Unbekannte. Schon mit 22 Jahren trat sie in Berlin in ihrer Berufsorganisation, dem Verband der Schneider und Schneiderinnen, agitatorisch hervor, um sich später mehr der Frauenbewegung im allgemeinen zu widmen. Im Jahre 1905 wurde sie dann, als das Nürnberger Arbeitersekretariat eine weibliche Kraft einstellte, unter vielen Bewerberinnen gewählt und nach dort berufen. Als ihr ursprüngliches Werk darf wohl die Gründung der Hausangestelltenorganisation betrachtet werden, die allen Nächstigen und Liferungen zum Trost durch das Wirken Helene Grünbergs besonders in Nürnberg zu einer beachtlichen gewerkschaftlichen Organisation emporwuchs.

Politisch war Helene Grünberg mit gleichem Eifer tätig. Auf vielen sozialdemokratischen Parteitagen als Delegierte, jahrelang Mitglied der Kontrollkommission der Partei, war sie auch Mitglied der Nationalvereinskommission.

Stets bereit Gehörin und Beraterin der Armen und Unterdrückten, eine energische und unerhobene Führerin, dankt die deutsche Arbeiterbewegung in unvergeßlichem Andenken der reichen Arbeit, die Helene Grünberg für sie geleistet hat.

ARBEITSLOSE

„Eine Woche, Wochen, Monate Arbeitslos. Stempeln gehn, Stempeln gehn! Hände Hände Ohne Arbeit. Eine Woche, Wochen, Monate Arbeitslos. Hände zucken, Krampfen sich, Sehnen sich Nach Arbeit.“

Aus — Bruno Schönlank — „Der gespaltene Mensch“ Verlag: Volksbühnen-Verlags- und Vertriebs-G. m. b. H., Berlin

waren von 100 Gewerkschaftsmitgliedern Kurzarbeiter im Jahre 1927/28:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Ok.	Nov.	Dez.
männlich	2,5	2,5	3,1	2,2	1,9	1,8	2,3	2,8	2,7	2,7	3,1	3,6
weiblich	4,6	4,4	4,6	5,3	4,5	3,7	4,3	6,5	6,8	7,9	8,4	9,7

Selbstverständlich steht das Bild in einzelnen Industriezweigen und Branchen ganz anders, insbesondere auch für die Männer viel ungünstiger aus. Für die Textilindustrie wird das an anderer Stelle des Blattes dargelegt und besprochen. Dennoch verweist diese Tatsache nicht die andere, nämlich, daß die weiblichen Beschäftigten im Verhältnis die größere Zahl der Kurzarbeiter stellen. Währenddem beispielsweise die relativ großen Zahlen der Kurzarbeitenden männlichen Textilarbeiter bei den Durchschnittszahlen sehr wenig in Erscheinung treten, dürften die Zahlen der weiblichen Kurzarbeiter zu einem höheren Prozentsatz unter dem Einfluß des Beschäftigungsgrades weiblicher Textilarbeiter stehen. Sie haben daher allen Grund, treue Mitglieder der freien Gewerkschaften zu bleiben, da letzten Endes nur gewerkschaftliche Einigkeit und Stärke Gewähr bietet, daß die Beschäftigungsverhältnisse zugunsten der Arbeitnehmer reguliert und gefegliche Hilfe hierfür gefordert und erreicht wird.

Schwinden

der Hausschneiderei in Stadt und Land.

Es gibt heute nicht wenige und auch durchaus nicht einflußlose Menschen, die immer davon reden, daß die Welt der Frau ihr Heim sei. Wie gedankenlos sie sprechen, ergab schon die Berufszählung vom Jahre 1925. Die dort festgestellten 11½ Millionen erwerbstätige Frauen sind auffällige Zeugen für einen anderen gesellschaftlichen Zustand und Kunder einer ganz anderen Entwicklung.

Neues, besser ergänzendes Material liefert nun in gleicher Angelegenheit ein sehr lehrreicher Aufsatz von Prof. Dr. Jul.

	1927												1928					
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Ok.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	
männl. offene Stellen	485 177	437 779	525 078	513 717	512 938	492 567	424 526	380 428	454 261	434 771	539 585	520 400	502 544					
männl. Vermittlungen	423 720	409 945	448 873	432 092	428 687	424 538	379 307	346 917	412 576	385 081	476 569	454 221	441 313					
weibl. offene Stellen	232 182	225 099	235 861	246 439	255 192	228 319	181 486	153 584	218 802	337 884	282 581	266 021	266 525					
weibl. Vermittlungen	154 640	157 083	163 872	167 116	176 676	163 740	134 793	115 461	154 972	159 549	139 139	173 259	177 293					

Arbeitsrechtliches.

Inwieweit kann der Arbeiter zur Tragung des Betriebsrisikos verpflichtet werden?

Eine Stellungnahme des Reichsarbeitsgerichts.

Zu der sehr wichtigen Frage der Tragung des Betriebsrisikos, über die bereits einige Urteile vorliegen, hat das Reichsarbeitsgericht in seiner Sitzung am 20. Juni 1928 grundsätzliche Stellung genommen. Die Begründung erfolgte durch den Vorsitzenden, Senatspräsidenten Degg. In der Begründung heißt es:

Die Frage, ob bei einem Stillstand des Betriebes (Betriebsstörungen) die Arbeitnehmer Anspruch auf Lohn haben, kann nach verschiedenen Gesichtspunkten zu beurteilen sein: Sie kann geregelt sein durch Vereinbarungen (ein Fall, der hier nicht in Frage kam), sie kann zu beurteilen sein nach erwiesener Verschulden des Arbeitgebers, wobei der Arbeitgeber haftet. Nur wenn solches Verschulden nicht vorliegt, kann die Frage auftreten, wer dann die Gefahr zu tragen hat. Ohne Prüfung der Umstände des Falls ist aber nicht über die Verschuldensfrage zu entscheiden. Dabei ist von folgenden Grundfragen auszugehen: Für den Fall des Teilstreiks ist die Frage im Urteil des 3. Zivilsenats vom 6. Februar 1923 (RGZ. Bd. 106 S. 273) behandelt. Auch das Reichsarbeitsgericht geht mit jener Entscheidung davon aus, daß für die Lösung der Streitfrage nicht allein und nicht in erster Linie von den Vorschriften des BGB. ausgegangen werden kann, sondern daß in erster Linie das moderne Arbeitsrecht und das Wesen des Arbeitsverhältnisses zu berücksichtigen sind. Der Arbeitnehmer steht heute dem Arbeitgeber nicht mehr als ein einzelner gegenüber, sondern er ist selbst ein organisches Glied des Betriebes. Es besteht eine Verbundenheit des Arbeitnehmers mit den anderen Arbeitnehmern, wie auch eine Verbundenheit des Arbeitnehmers mit dem Betrieb selbst. Der Arbeitnehmer wird eingestellt und aufgenommen für einen bestimmten Betrieb. Seine Arbeit ist kraft Arbeitsvertrag dazu bestimmt, dem Betrieb und dessen Zwecken zu dienen. Wenn die Arbeitsleistung des Arbeitnehmers in diesem Sinne unmöglich wird, dann kann er die Folgen nicht mehr von sich ablehnen mit der Begründung, daß er ja für seine Person bereit wäre, die ihm obliegende Arbeit zu leisten. Es hat sich also die Rechtsphäre des Arbeitnehmers und damit der Kreis der Gefahren, die er mit zu tragen hat, erweitert, und es kann sich nur darum handeln, wie diese Erweiterung zu begrenzen ist. Daß der Arbeitnehmer nicht unmittelbar Anteil am Betriebsvermögen und am Betriebskapital hat, sondern nur mittelbar daran interessiert ist, scheidet dem nicht entgegen, kann vielmehr nur eine Folge haben, daß der Gefahrenkreis des Arbeitnehmers nicht zu weit ausgedehnt werden darf. Wie weit nun dieser Gefahrenkreis auszudehnen ist, dafür bieten die Vorschriften des BGB. über die Unmöglichkeit der Leistungen nicht unmittelbar die Lösung. Aus dem § 323 ff. läßt sich nur der allgemeine Gedanke aufnehmen, daß die Folgen des Ereignisses, das den Betrieb hindert, denjenigen treffen, der das Ereignis zu vertreten hat. Vertreten in diesem Sinne beruht aber nicht nur auf Verschulden, sondern kann auch auf Übernahme der Gefahr beruhen. Ob das Ereignis in diesem Sinne von dem einen oder anderen oder von beiden Teilen zu vertreten ist, wird sich letzten Endes nur nach Treu und Glauben (§ 242 BGB.) unter Berücksichtigung des Falls — wie dies in den anderen Entscheidungen geschehen ist — entscheiden lassen. Immerhin lassen sich aus diesem Gesichtspunkt der Betriebsverbundenheit gewisse allgemeine Richtlinien entnehmen, von denen ausgegangen werden kann. Aus der Verbundenheit der Arbeitnehmer untereinander wird zu folgern sein, daß

der Arbeitnehmer die Gefahr auch für solche Ereignisse zu tragen hat, die auf dem Verhalten der Arbeitnehmerin selbst im übrigen beruhen. Dahin gehört der im RGZ. Bd. 106 S. 273 behandelte Fall des Teilstreiks. Aus der Verbundenheit der Arbeitnehmer mit dem Betrieb aber ist zu folgern, daß den Arbeitnehmer unter Umständen auch die Gefahr von Ereignissen trifft, die den Betrieb treffen. So wird in den Gefahrenkreis der Arbeitnehmer der Fall einzubeziehen sein, wo es sich um Ereignisse handelt, die nicht nur die Betriebsführung, sondern auch den Bestand des Betriebes betreffen. (Vernichtung des Betriebes.) Ferner die Fälle eines Eingriffs von außerhalb des Betriebes liegenden Ereignissen (Naturereignisse, Einwirkung fremder Gewalt). Auf der anderen Seite wird die Gefahr ausschließlich dem Arbeitgeber treffen, wenn es sich nicht um den Bestand des Betriebes, sondern um Dinge der Betriebsführung handelt und wenn es sich um Ereignisse handelt, die aus dem Betrieb heraus in den Betrieb störend eingreifen. Denn es ist Sache des Arbeitgebers, die Betriebsführung aufrechtzuerhalten. Insbesondere wird es in den alleinigen Gefahrenkreis des Arbeitgebers fallen, wenn es sich um Betriebsstörungen handelt, wie sie im allgemeinen oder in Betrieben nach ihrer besonderen Art öfters vorkommen und wie sie vom Arbeitgeber bei der Betriebsführung in Rechnung gezogen und bei der Bemessung der Preise bereits veranschlagt sind. Jedoch kann auch unter Umständen eine Störung in der Betriebsführung als solche betrachtet werden, die auch in die Gefahrensphäre der Arbeitnehmer übergreift, wenn sie nach Art und Dauer so stark ist, daß der Bestand des Betriebes dadurch berührt oder gefährdet werden kann. Immer sind die besonderen Umstände des Falls zu berücksichtigen, und es kann nach § 242 BGB. natürlich auch eine andere Lösung im Einzelfall möglich sein.

Nach dieser Begründung nimmt das Reichsarbeitsgericht einen ähnlichen Standpunkt ein wie in der Frage der Annahme untertariflicher Bezahlung. Das Reichsarbeitsgericht neigt der an sich durchaus richtigen Auffassung zu, daß eine für alle Fälle gültige Entscheidung nicht gefällt werden kann, sondern daß die Entscheidung sich nach dem einzelnen Fall zu richten hat. Das Reichsarbeitsgericht bringt in der soeben angeführten Entscheidung zum Ausdruck, daß der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber nicht mehr als einzelner gegenübersteht, sondern ein organisches Glied des Betriebes ist, und daher für sich die Folgen einer Tragung des Betriebsrisikos nicht ohne weiteres ablehnen kann. Diese Stellungnahme des Reichsarbeitsgerichts, so sehr sie mit den veränderten Anschauungen in Einklang zu kommen sucht, entbehrt doch nicht einer gewissen Einseitigkeit. Wenn aus der Verbundenheit des Arbeitnehmers mit dem Betrieb vom Reichsarbeitsgericht gefolgert wird, daß den Arbeitnehmer unter Umständen auch die Gefahr von Ereignissen trifft, die den Betrieb als solchen angehen, so müßten logischerweise die Belegschaften der Unternehmungen auch bei gutem Geschäftsgange über den Lohn hinaus entsprechend entschädigt werden. Das ist nicht der Fall. So sehr die Stellungnahme des Reichsarbeitsgerichts den veränderten Anschauungen Rechnung zu tragen gewillt sein mag, so sehr muß andererseits vor der einseitigen Uebertragung des Risikos auf die Belegschaften gewarnt werden. Eine Betriebsrisikoübernahme nach der einen oder anderen Seite setzt eine Verbundenheit oder Teilhaberschaft aller im Betriebe Tätigen voraus, die in der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht möglich ist. Daher rührt das Urteil an eine wichtige Frage der kapitalistischen Wirtschaftsordnung überhaupt. Die heutige Wirtschaftsordnung wirft den Arbeiter ohne weiteres auf die Straße, wenn die Konjunktur abflaut und ladet ihm also durch Arbeitslosigkeit ein großes Stück des Betriebsrisikos auf, aber sie bezahlt den Arbeiter

und Angestellten bei guter Konjunktur nicht so, daß er etwas dadurch das Risiko mittragen könnte. Die heutige Wirtschaftsordnung will nur gewinnen, aber sie will nicht verlieren. Weil der Kapitalismus nicht verlieren will, ist er nicht lebensfähig.

Es geht daher nicht an, den Belegschaften, auch mit schmerzlichen Worten, ein Betriebsrisiko aufzuerlegen.

Die Jahresbilanz der Arbeitsgerichte.

Eines der größten sozialpolitischen Werte der Nachkriegszeit, das Arbeitsgerichtsgesetz, war am 1. Juli ein Jahr in Wirksamkeit. Dieser Gedenktag macht es notwendig, einen Blick nach rückwärts zu werfen, wie die Arbeitsgerichtsbarkeit sich im ersten Jahre ihres Bestehens bewährt hat. Vor allem ist es notwendig zu prüfen, ob die Wünsche und Hoffnungen sich erfüllt haben, die namentlich die Arbeiterchaft beim Inkrafttreten des Gesetzes hinsichtlich der praktischen Auswirkung desselben geäußert hat und ob die Arbeitsgerichte das Vertrauen der breiten Massen der Bevölkerung erlangt haben. Um es vorweg zu sagen, die Arbeiterchaft kann mit der praktischen Auswirkung der Arbeitsgerichte im wesentlichen zufrieden sein. Der große Wurf ist in vollem Maße gelungen. Nebenbei erleben wir das Schauspiel, daß auch die Unternehmer und andere Kreise der Bevölkerung in den Arbeitsgerichten als dem ersten Teil des noch zu schaffenden großen Wertes des Arbeitsrechts einen wesentlichen Fortschritt sehen.

Als das Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft trat, war eine große Zerspaltung zu überwinden. Die Rechtsprechung über das Dienst- und Arbeitsverhältnis wurde von Amts- und Landgerichten, von Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, Bergewerksgerichten, Schlichtungsausschüssen, Innungsschiedsgerichten, Innungsausschüssen, Seemannsämtern usw. ausgeübt. Die Arten des Verfahrens vor all diesen Gerichten waren sehr verschieden. An Stelle dieser Buntgedickelten trat die Arbeitsgerichtsbarkeit. Im ganzen üben 2527 Arbeitsgerichte als Gerichte erster Instanz ihre Tätigkeit aus. In Preußen gibt es 226 und in Sachsen 20 Arbeitsgerichte, die bezüglich zusammengefaßt sind. Weit größer ist die Zahl der Arbeitsgerichte in anderen Ländern, vor allem in Bayern. Das Arbeitsgericht Berlin ist das größte von allen, es umfaßt 24 Amtsgerichtsbezirke, hatte im verfloßenen Jahre 37 Kammern und mehr denn 50 Vorsitzende und über 2000 Arbeitsrichter übten dort ihre Tätigkeit aus. Am 1. Juli wird das Berliner Arbeitsgericht um 11 auf 48 Kammern vermehrt. Vom Juli 1927 bis Mai 1928 sind beim Berliner Arbeitsgericht 54 842 Anträge im Beschlußverfahren und Klagen eingegangen. Vom September 1927 bis Mai 1928 sind beim Berliner Arbeitsgericht 54 842 Anträge im Beschlußverfahren und Klagen eingegangen. Vom September 1927 bis Mai 1928 wurde in 4506 Sitzungen 20 821 Streitigkeiten vom Berliner Arbeitsgericht verhandelt. Die Zahl der täglich 1700 Eingänge, die der Erledigung harren. Bei den früheren Gewerbe- und Kaufmannsgerichten belaufen sich im Jahre 1920 durchschnittlich 250 Personen die Klagenaufnahme. Beim Arbeitsgericht ist der tägliche Besuch von rund 2000 Personen zu verzeichnen. Das sind einige Zahlen aus dem größten Arbeitsgericht, die beweisen, wie die soziale Gerichtsbarkeit in Anspruch genommen wird. Darin macht sich ein starkes Vertrauen zu dieser neuen Einrichtung bemerkbar. Die Arbeitsgerichte sind ein Kind der Gewerkschaften. Diese können, wie die erste Jahresbilanz sehr deutlich beweist, auf diese Schöpfung stolz sein.

Der Weg von und zur Arbeitsstätte.

Von Dr. med. Max Grünwald, Dortmund.

Für die Großstadt bedeutet der Hochbau deshalb eine adäquate Baumeiße, wenn diese Grünflächen in unmittelbarer Nähe sind, weil der Hochbau es ermöglicht, zahlreiche Menschen nahe ihrer Arbeitsstätte anzusiedeln. Beim Anmachern vieler Großstädte hat die falsche Baunutzung das Hochhaus in Verruf gebracht und der verhassten „Mietskasernen“ gleichgesetzt. Die Hochhäuser können aber heutzutage mit allen gesundheitlichen Ausstattungen besser bedacht sein als Einzelsiedlungen an der Peripherie der Großstädte, zumal sie durch ihre mechanischen Einrichtungen die Hausfrauen entlasten (Fahrräder, Zentralheiz- und Kühlanlagen, Vakuum, maschinelle Wasch- und Kocheinrichtungen usw.).

Innerhalb gewisser Grenzen wäre zwar der Ab- und Anmarsch zur Arbeitsstätte vom hygienischen Standpunkt aus zu begrüßen, aber es bedeutet eine außerordentliche körperliche Belastung, wenn man einen stundenlangen Weg zur Arbeitsstätte zurücklegen muß, oder wenn man im überfüllten Verkehrsmittel — die öffentlichen Verkehrsmittel sind bei Arbeitsbeginn und Arbeitschluß ständig überfüllt — eine Stunde oder länger gar stehen muß, in einem rüttelnden Wagen, der schlecht gelüftet ist, so daß ein solcher Heimweg nach der Ermüdung durch tägliche Arbeit hygienisch nicht befürwortet werden kann. Es kommt weniger auf die Entfernung an sich an, als darauf, ob gute Verkehrsmittel vorhanden sind, um 3-5 bis 30 Kilometer rasch zu überbrücken. Eine Begehr bis zu 45 Minuten etwa kann wohl noch als günstig bezeichnet werden, so daß Entfernungen von 2 bis 3 Kilometer je nach der Art und Ueberwindung des Geländes noch einwandfrei genannt werden können. Die Entfernung nach Kilometern allein ist nicht maßgebend, sondern es kommt darauf an, ob 3-5 bis 10 Kilometer zu Fuß oder zu Rad bewältigt werden müssen, oder ob ein einwandfreier Weg mit einer Steigung bis zu 300 Meter oft bei Durchschneidungen, Wind und Wetter zurückzulegen ist. Die städtischen Gewerkschaftsämter Dresden und Weissen sowie die Reichs- und Städte- und Städte-Verwaltung haben den Einfluß des zu weiten und zu anstrengenden Weges auf den Gesundheitszustand der Arbeiter untersucht und gefunden, daß während der Strömung und Uebermüdung durch den weiten Weg die Arbeiter mit Beriech sich häufen, und zwar besonders in den ersten Arbeitsstunden, während ihre Zahl nach den Stunden zurückgeht. Die Steigung ist auch eine erhöhte Zahl von Erkrankungen beobachtet worden.

Die Beobachtungen von Dresel und Grabe aus dem hygienischen Institut der Universität in Heidelberg haben gezeigt,

daß die Unfallhäufigkeit wächst mit zunehmendem Zeit- und Müheaufwand für den Weg und daß dabei landwirtschaftliche Tätigkeit in der Freizeit mitwirkt, besonders vor Arbeitsanfang. Die Pendelwanderung der Arbeitenden von und zur Arbeitsstätte erhöht zusammen mit Nebenarbeiten der Landwirtschaft während der Freizeit auch wesentlich die Erkrankungsanfälligkeit. Die Stunden- und Tagesverfäumnisse nahmen zu mit der Entfernung von der Arbeitsstätte, und zwar die Stundenverfäumnisse mehr als die Tagesverfäumnisse. Die Pendelwanderer, die Arbeitenden, welche von und zur Arbeitsstätte einen längeren Weg zurückzulegen haben, sind also auch bezüglich Ausnutzung der Arbeitszeit ungünstiger gestellt als die am Wohnort Arbeitenden. Die Einwirkung der Fülle kleiner aber ohne Unterbrechung erfolgender Hindernisse des täglichen Lebens machen sich beim Pendelwanderer unangenehm bemerkbar. Bei ungünstigen Zugangsflüssen z. B. können Arbeiter gezwungen sein, früh um 4 Uhr aufzustehen, und es ist ihnen nur möglich, erst gegen 9 oder 10 Uhr abends zu Hause anzukommen. Auf diese Weise werden durch allzulange Dauer des Weges die Ruhezeiten gekürzt, die Nachtruhe beeinträchtigt und der allgemeine Körperzustand deshalb ungünstig beeinflusst, weil nicht genügend Zeit zur Körperpflege übrigbleibt, zu einer Körperpflege, die als Entspannung nach der Tagesarbeit gern und zum Nutzen der Gesundheit geleistet werden müßte. Diese Beeinträchtigung der Gesundheit macht sich aber nicht nur, wie bereits erwähnt, durch vermehrte Krankheitsstage geltend, sondern das Kranksein bedeutet auch eine wirtschaftliche Schwächung, welche wieder indirekt zwingt, die Pflege des Körpers zu vernachlässigen.

Auch diejenigen Arbeitenden, welche für den Weg von und zur Arbeitsstätte Fahrgelegenheit benutzen, sind, besonders wenn die Fahrzeit ziemlich lang ist, in ihrem Gesundheitszustand durch die Pendelfahrt beeinträchtigt. Zur Zeit des Arbeitsbeginns und Arbeitschlusses pflegen die öffentlichen Verkehrsmittel überfüllt zu sein. Es bedeutet dann eine außerordentliche körperliche Belastung, wenn man unter Umständen eine Stunde lang und mehr im überfüllten Wagen der Injektionsgefahr ausgesetzt ist. Dazu kommt noch, daß eine Wohnstätte, welche in einer gewissen Entfernung liegt, neben allen anderen Nachteilen auch sich unwirtschaftlich auswirkt. Friedberger hat nach der Groß-Berliner Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925, gemäß welcher von 4 Millionen Einwohnern 2,2 Millionen erwerbstätig waren, folgende Berechnung angestellt. Nimmt man einen durchschnittlichen Weg von nur einer halben Stunde von und zur Arbeitsstätte an, so sind das bei 300 Arbeitstagen des Jahres rund 300 Millionen Arbeitsstunden für Groß-Berlin; jeder

Erwerbstätige verfährt also 6 1/2 Proz. der Zeit, die er für die Arbeit ausbringt. Rechnet man den Arbeitstag mit acht Stunden, so gehen 300 Millionen : 8 = 37 500 000 Arbeitsstunden verloren. Das bedeutet bei einer Durchschnittsarbeitszeit von 30 Jahren bei jährlich 300 Arbeitstagen, daß jeder werktätige Berliner 30 mal 150 = 4500 Stunden, geteilt durch 8 = 562,5 Arbeitstage, also annähernd zwei Arbeitsjahre während seiner Lebensberufstätigkeit verfährt. In dieser Zeit könnten bei einem Durchschnittsverdienst von täglich 7,5 Mk. 2 mal 300 mal 7 = 4200 Mk. verdient werden, so daß bei 2 Millionen erwerbstätigen Einwohnern 8,4 Milliarden nicht erarbeitet, sondern als Fahrzeit verbracht werden.

Ähnlich wie nach der Schwabeschen Regel, durch bekannte national-ökonomische Gesetze, der Mietaufwand prozentual um so größer ist, je geringer das Einkommen, so bedeutet auch die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel eine besondere wirtschaftliche Belastung für die weniger Bemittelten, während bei den Wohlhabenden das Wohnen weit von der Arbeitsstätte entfernt wirtschaftlich belanglos ist.

Die Pendelwanderung und die Pendelfahrt von und zur Arbeitsstätte können also Verdienst, Zeit und Gesundheit erheblich beeinträchtigen. Für den Großstädter muß deshalb nahe seiner Arbeitsstätte eine Wohnstätte geboten werden, welche neben vielen Vorteilen, die das Wohnen an der Peripherie bietet, noch von den körperlichen Anstrengungen des An- und Abmarsches eine Befreiung bringt, denn auf die Dauer werden die Vorteile des ländlichen Wohnens am Rande der Großstadt wieder zunichte gemacht durch die Anstrengungen, mit denen der Weg von und zu der Arbeitsstätte verknüpft ist. Das wirtschaftlich Erreichbare muß einer möglichst großen Zahl Bewohnern zugute kommen.

Solange Arbeiter und Angestellte nicht so gestellt sind, daß für sie die Automobilbenutzung wirtschaftlich tragbar ist, müssen aber auch die Großverkehrsmitel, wie Eisenbahn, Straßen- und Schnellbahnen, günstiges Wohngebiete für weniger bemittelte Kreise erschließen.

Die Frage, welcher Weg zur Arbeitsstätte täglich zurückzulegen ist, und welche Begleitumstände beim An- und Abmarsch mitwirken, ist von gesundheitlicher Bedeutung sowohl für den Ernährer einer Familie, welcher darauf bedacht sein muß, seine Arbeitskraft möglichst lange und unbehindert im Interesse seiner Angehörigen zu erhalten, als auch besonders bei der Berufswahl für den Jugendlichen, der nicht rücksichtslos körperliche Anstrengungen seinen im Wachsen und in der Entwicklung begriffenen Organen zumuten darf. Die gesundheitliche Belastung durch den Weg von und zur Arbeitsstätte darf also weder im persönlichen Interesse vernachlässigt werden, noch im Interesse der Volksgesundheit.



Die Herkunft und die Kultur der Baumwolle.

Für besonders gute Erzeugnisse aus Baumwolle kann man in den Anpflanzungen des Handels öfters lesen: Beste Mato oder auch beste Satellaridis. Die anderen Qualitäten sind 'Baumwolle' ohne weitere Bezeichnung. Man könnte also meinen, daß es eben dreierlei Baumwollarten gibt, oder gar nur eine, die, wie jede Pflanze, in verschiedenen Gegenden verschieden gut gedeiht. Tatsächlich ist die Bezeichnung Mato das Kennwort für ägyptische Baumwolle im Gegensatz zu Baumwollen anderer Herkunftsländer. Satellaridis dagegen heißt eine bestimmte Sorte von ägyptischer Baumwolle. Schon diese kurze Andeutung kann zeigen, auf was es bei der Baumwolle ankommt, nämlich auf das Herkunftsland und auf die Sorte. Die verschiedenen klimatischen Verhältnisse der Erzeugerländer bedingen die Auswahl der Sorte bzw. die Art der Baumwolle. Die lange Zeit der Züchtung, mit den teils zufälligen, teils gewollten Kreuzungen, hat die Merkmale der verschiedenen Arten so verwischt, daß eine strenge Unterscheidung der Spielarten nach pflanzenkundlichen Gesichtspunkten nicht mehr möglich ist. Soviel ist sicher, daß es nicht nur eine Art gibt. Man unterscheidet heute im allgemeinen 4 Grundarten, die wohl von verschiedenen Stammpflanzen herkommen. Diese vier Grundarten sind:

- Die krautartige Baumwolle, die mit dem lateinischen Namen Gossypium herbaceum heißt, die baumartige Baumwolle oder Gossypium arboreum, die barbadensische Baumwolle oder Gossypium barbadense und die zottige Baumwolle oder Gossypium hirsutum.

Je nach Art der Klimaverhältnisse werden diese Arten angebaut. So wird z. B. die krautartige also staudenartige Baumwolle, eine höchstens 1 1/2 Meter hohe meist einjährige Pflanze, in Indien, China, Japan, Arabien, Persien, Kleinasien und Ägypten kultiviert. Für Europa hat sie als ostindische und kurze ägyptische Baumwolle Bedeutung.

Die baumartige Baumwolle ist für die Weltproduktion nicht sehr bedeutend. Sie ist eine meist mehrjährige Pflanze, die bis zu 6 Meter hoch werden kann. In Indien, China, Arabien und Ägypten wird sie vereinzelt von Eingeborenen angebaut.

Die westindische (barbadensische) Baumwolle, eine mehrjährige Pflanze, gedeiht am besten in den Küstengebietern des Atlantischen Ozeans der Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Georgia, Südkarolina sowie auf den Inseln, die dieser Küste vorgelagert sind. Sie kann bis 3 1/2 Meter hoch werden. Der Wuchs ist strauchartig. Hauptächlich ist diese Baumwolle als See-Insel-Baumwolle oder mit der englischen Bezeichnung Sea-Island-Baumwolle bekannt, weil auf den genannten Inseln sie hauptsächlich gezogen wird. Sie ist die schönste Baumwolle, die wir haben, doch leider ist das Ertragnis gering.

Die zottige Baumwolle, die ihren Namen von ihren behaarten Blättern hat, ist ein 1 bis 2 1/2 Meter hoher Strauch. Sie wird hauptsächlich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gezogen.

Wahrscheinlich ein Abkömmling dieser zottigen Baumwolle ist die peruanische Baumwolle, die sich aber so geändert hat, daß sie von einigen Forschern als besondere Gattung angesprochen wird. Sie wird 2 bis 5 Meter hoch und wird in Südamerika angebaut.

Aus diesen Darstellungen ist ersichtlich, daß je nach dem Anbauort auch die Pflanzen verschieden sein können. Die Auswahl ist aber nur beschränkt möglich, weil die Sorten je nach Klima und Boden sehr bald sich ändern. Deshalb ist es nicht möglich, z. B. in Ägypten die schöne Sea-Island-Baumwolle zu bauen, nicht nur weil sie im Ertrag sehr stark nachläßt, sondern auch weil sie ihre guten Eigenschaften aufgibt und in der Qualität unter die sonstigen ägyptischen Baumwollen absinkt. Aus diesem Grunde sind auch die Baumwollen der verschiedenen Erzeugerländer nicht alle in gleich guter Qualität zu züchten.

Als schönste und wertvollste Baumwolle muß die Sea-Island-Baumwolle gelten. Ihre Faser ist sehr fein, lang, seidig und fest. Berücksichtigt man die Faserlänge als hauptsächlich maßgebend, so folgen der Sea-Island-Baumwolle die ägyptische, die brasilianische, die peruanische, die amerikanische und die ostindische Baumwolle.

Die Faser der ägyptischen Baumwolle ist gelblich gefärbt, lang, seidig und sehr fein, auch die Festigkeit ist eine gute.

Heute gilt die Satellaridis-Baumwolle noch als beste ägyptische oder Matobaumwolle. Ihr folgen die Fatih, die Suabi die Bilian, die Jagora-Delka, die Ashmuni, die Zagora und die oberägyptische Baumwolle. Die ägyptische Baumwollkultur hat mehr als jede andere mit der Abwandlung der Sorten zu kämpfen, und zwar gehen die hochwertigeren Gattungen sehr stark im Ertrage zurück, so daß immer wieder neue Sorten gezüchtet werden müssen. Eine neue Züchtung, die vielleicht einmal Erfolg für Satellaridis wird, ist die 'Muhda'.

Die Faser der brasilianischen Baumwolle ist noch verhältnismäßig lang und im Griff seidig und weich. Ihre Farbe ist weiß. Die Ballen sind aber im allgemeinen nicht so rein, wie die der amerikanischen Baumwollen, sondern enthalten meist viel Laubteile. Die beste von der brasilianischen Baumwolle dürfte wohl die Pernambuco-Baumwolle sein mit gelblich-weißer, schwach glänzender, langer, feiner und fester Faser. Ihr folgen die Sara-Baumwolle mit etwas härterer und spröderer Faser, die Paraíba-Baumwolle, die Waranham-Baumwolle, die Surinam-Baumwolle und die Maceo-Baumwolle.

Die nordamerikanischen Baumwollen können in Beziehung auf ihre Qualität wie folgt angegeben werden: Louisiana-Baumwolle, Mississippi-Baumwolle, Mobile-Baumwolle,

Georgia-Baumwolle, Orleans-Baumwolle, Texas-Baumwolle und Uplands-Baumwolle.

Die ostindische Baumwolle endlich, die im allgemeinen den Qualitäten der amerikanischen Baumwolle nachsteht, hat längere Faserlängen und etwas gröbere Fasern, als diese. Der Griff ist rauher. Als beste kann die Bengal-Baumwolle genannt werden. Ihr folgen die Dhollerah, die Omera, die Hingunghat, die Tinnevely, die Madras, die Broach- und die Scinde-Baumwolle.

Die Kultur der Baumwollpflanze kann noch betrieben werden, wenn die Temperatur im Winter nicht unter 10 Grad Celsius sinkt. In diesem Falle ist die krautartige Baumwolle die geeignetste. Für die anderen Gattungen scheinen mittlere Jahrestemperaturen von 20 bis 30 Grad Celsius die günstigsten zu sein. Natürlich spielen Bodenbeschaffenheit und Feuchtigkeit eine mindestens ebenso große Rolle wie die Temperatur. Sandiger, aber doch humusreicher Boden ist für die Kultur sehr förderlich. Ebenso eine feste gleichmäßige Feuchtigkeit der Luft. Zur Düngung des Bodens müssen heute Kunstdünger verwendet werden. Früher, als die Baumwollfasern noch nicht auf Del verarbeitet wurden, wurde überhaupt nicht gedüngt, sondern die Pflanze mit dem Samen Düngern nach erfolgter Ernte wieder in den Boden eingepflügt.

Die Arbeiten in einer Baumwollkultur während eines Jahres zerfallen in drei Hauptperioden:

- 1. Bodenbearbeitung, 2. Aussaat und 3. Ernte.

Bei der Bodenbearbeitung werden zunächst etwa 25 Zentimeter tiefe Furchen von durchschnittlich einem Meter Abstand gezogen. Ist das Land Ueberschwemmungen ausgesetzt, werden außerdem noch Entwässerungsrinnen eingegraben. Zwischen diesen Furchen auf der sich bildenden Erdoberfläche werden ungefähr 5 bis 10 Zentimeter tiefe Saatrinne gezogen.

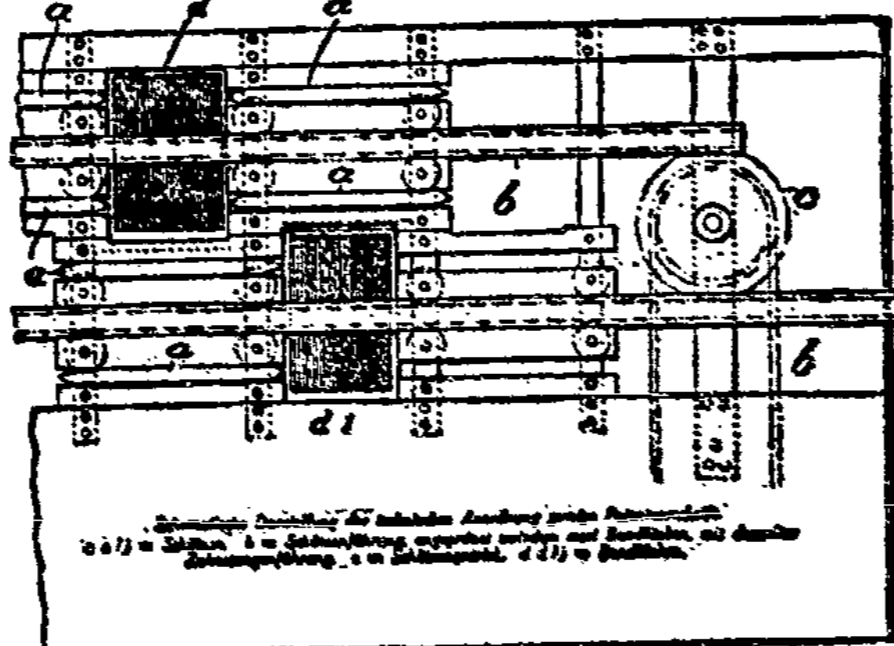
Für die Aussaat sichtet man mit zugespitzten Stechern in etwa 50 bis 60 Zentimeter Entfernung Löcher in die Saatrinne, in die 4 bis 6 Samenkörner eingelegt werden, die mit Erde zugebedt werden. Schon nach 6 bis 8 Tagen erscheinen die Pflänzchen über dem Boden. Sobald sie 3 bis 4 Blätter getrieben haben, werden alle bis auf etwa 3 ausgezogen. Dies wird später wiederholt, so daß schließlich nur eine kräftige Pflanze zurückbleibt. Hat die Pflanze Verzweigungen getrieben und schon viel Blätter angefaßt, dann werden, um übermäßige Blatt- und Stengelbildung zu verhindern, die Pflanzenspitzen entfernt oder beschnitten. Wenn die Aussaat ungefähr Mitte April erfolgt, so setzt Ende Juni die Blüte ein. Doch blühen nicht alle Blüten gleichzeitig, sondern es dauert wochenlang bis alle Blüten entfallen sind. Eine Blüte hält sich etwa zwei Tage.

Sechs Wochen nach der Blüte springen die Kapseln auf. Man hat also etwa Mitte August die Ernte zu erwarten. Diese dauert in den Vereinigten Staaten bis Anfang Dezember. Mit jedem Tage brechen neue Kapseln auf, die sofort abgenommen werden müssen, da sonst der Wind oder Regen die Fasern vernichtet oder beschädigt.

Als für die Baumwollkulturen schädlich muß außer ungünstigen Witterungsverhältnissen die Unkraut- und Grasentwicklung genannt werden. Diese ist deshalb peinlichst zu verhüten. An tierischen Schädlingen kommt kurze Zeit nach der Aussaat der sogenannte Cut-Wurm in Frage, der die frischen Triebe durchfrisst. Später sind es zwei Insekten, die den Plantagen großen Schaden zufügen können: der Kapsel- oder Bollenwurm und der Heermurm; oder die Baumwollraupe. Der Kapselwurm überwintert unter der Erdoberfläche, durch Umpflügen kann er bekämpft werden, der Baumwollraupe dagegen ist nur durch auf die Blätter der Pflanze gestreute Gifte beizukommen.

Produktionssteigerung auf dem Gebiete der Bandindustrie.

ATK. Auf allen Industriegebieten wird heute Produktionssteigerung durch rationelle Arbeit und damit zugleich Verbilligung der Erzeugnisse angestrebt. Von der Vollkommenheit der Arbeitsmaschinen und Geräte wie der arbeitssparenden Methoden hängt im wesentlichen die Konkurrenzfähigkeit der Industriefirmen ab. In besonders hohem Grade trifft



dies für die meisten Zweige der Textilindustrie zu, die in den letzten Jahren unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse schwer zu leiden hatte.

In vielen europäischen Ländern bildet die Bandindustrie einen sehr wichtigen Zweig der Textilindustrie. Deutschland gehört zu den Hauptproduktionsländern auf diesem Fachgebiete, ist also an allen technischen Fortschritten in der Herstellung der Bänder besonders interessiert. Der wesentlichste

Bestandteil des allgemein gebräuchlichen Bandwebstuhls ist die Bandweblade, auf der sich der eigentliche Webprozess vollzieht und die damit zum entscheidenden Faktor für die Produktion wird. Die Bestrebungen der Bandstuhltechnik sind dahin gerichtet, die Produktionskapazität des Stuhls zu steigern, das heißt die Anzahl der Bänder, die auf ihm hergestellt werden können, zu vermehren. Die meisten eingeführten Verbesserungen, die eine wirkliche Produktionssteigerung herbeiführten, betreffen die Bandweblade; insbesondere sei an die Verdrängung der Handweberei durch die Bandmühle erinnert, die sich trotz aller Widerstände schließlich durchgesetzt hat, ferner an die Einführung der heutigen Schlägerysteme. Manchen Fabrikanten sind Verbesserungen im Sinne der Rationalisierungsbestrebungen gelungen; hierher gehört auch die neue Vielstockbandweblade, System Arnold & Kuttruff, die kürzlich von einem schweizerischen Syndikat Vertretern der technischen Fachpresse vorgeführt wurde.

Die Erfinder wollten nicht eine völlig neue Webstuhlkonstruktion schaffen, die eine zu große Kapitalinvestition verlangen würde, sondern durch Anbringung der neuen Weblade auf den bestehenden Stühlen eine Steigerung der Produktion erreichen. Die neue Lade gestattet durch geschickte Raumausnutzung doppelt so viel Bänder als bisher auf dem Stuhl aufzuziehen. Dies geschieht in der Weise, daß durch jede Bandlücke zwei Bänder übereinander laufen. Die Zugänglichkeit dieser beiden Bänder während der Arbeit wird dadurch gewährleistet, daß das zweite Bandpaar in der Höhenrichtung verkehrt hergestellt wird. Um die Lade nicht zu breit werden zu lassen, wird für zwei Schützenreihen nur eine Zahnstange benutzt, die mitten durch die Bandlücke hindurchgeht. Durch diese Neugestaltung des Schützenantriebs kann die oberste Antriebsstelle der Lade, die bisher zur Aufnahme der Zahnstange diente, anstatt aus Holz, aus Metall hergestellt werden. Damit wird die Widerstandsfähigkeit der Lade erhöht. Obwohl in einer Bandlücke zwei Bänder laufen, ist die übrige Einrichtung des Stuhls nicht komplizierter geworden; es werden namentlich für die beiden Bänder dieselben Ligen zur Führung der Kettenfäden verwendet; diese Ligen müssen lediglich statt einer zwei Defen haben. Zur Aufnahme der fertigen Bänder muß ferner eine zweite Bandrolle am Stuhl angebracht werden.

Die Erfinder versprechen sich von der Anwendung der Vielstockbandweblade eine Steigerung der Produktion um 100 Prozent. Die bis jetzt an einem Versuchsstuhl vorgenommenen Versuche sind günstig ausgefallen. Es konnte tatsächlich durch einen Arbeiter in der gleichen Zeit doppelt so viel Band hergestellt werden als früher. Betriebskosten, Licht, Kraft und dergleichen sind dieselben wie bisher. Die Tourenzahl des Webstuhls ist ebenfalls die gleiche geblieben. Außerdem glauben die Erfinder, daß durch die doppelte Anwendung der Weblage eine größere Stabilität erzielt und durch die Kettenfäden wesentlich vermindert wird. Die neue Lade ist nicht nur zur Herstellung einzelner bestimmter Spezialartikel zu verwenden, sondern für alle einschlägigen — auch technischen — Bänder, unter Verwendung beliebiger Rohstoffe brauchbar. Es ist wohl nicht zuziel gesagt, daß 70 Proz. aller Bänder mit Vielstockbandwebladen hergestellt werden könnten. Hjh.

Mitteilungen des Sachnormenausschusses für Textilindustrie und Textilmaschinen.

Der Sachnormenausschuss für Textilindustrie und Textilmaschinen hat folgende Normblattentwürfe veröffentlicht:

- Den Tex E 4506 Kettenäume aus Holz, Den Tex E 4507 Kettenäume aus nachlosem Flußstahlrohr, Den Tex E 4514 Kettenmaschinen aus Stahlblech mit Klemmuffe.

Sonderdrucke dieser Entwürfe sind zu beziehen durch: Textilnorm, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 47.

Einiges über die Berechnung des Weblohnes und der Ankosten.

H. Richards. Die Berechnung der Löhne im Webereibetriebe bietet Schwierigkeiten bei Wechsel des Artikels, der Anzahl der Schäfte, Webstühlen und Webbäume und bei verschiedenen Tourenzahlen und Gewebbreiten. Deshalb ist es vorteilhaft, zur schnellen Berechnung der Löhne den durchschnittlichen Koeffizienten jeder Stuhlart für sich festzustellen und unter Berücksichtigung des Tariflohnes einen Koeffizienten zu ermitteln. In diesen dividiert man mit der Tourenzahl des Webstuhls und multipliziert mit der Schlußzahl je Meter in das erhaltene Produkt. Dieser Lohnsatz für jeden Artikel kann auch als Einheit für die Berechnung der Generalankosten benutzt werden. Die Ankosten werden gewöhnlich in Betriebs- und Handlungsunkosten getrennt, um die Rentabilität der einzelnen Abteilungen feststellen zu können. Um einzelnen sind dann noch nähere Angaben darüber gemacht, wie sich die Ankosten zusammenfügen, wie die Selbstkosten sich gestalten unter Beachtung des Gegenwertes des Verbrauchs und der zeitgemäßen Abrechnungen und wie sie die Grundlage zum Bemessen des Verkaufspreises bilden.

Der Antrieb von Jacquard-Maschinen mittels stehender Welle.

B. Kauff. Schon 1909 brachte die Firma Oscar Schleichers, Maschinenfabrik, Greiz i. Vogtl., Antriebe für Jacquard-Maschinen mittels stehender Welle unter Anwendung eines Regelradsystems am Webstuhl zur Befreiung. Neuerdings hat dieselbe Firma einen derartigen Antrieb verbessert mit kettenlosem Zylinderantrieb bei Maschinen mit rotierender Zylinderführung. Als besondere Vorteile dieses Antriebes sind anzuführen: Genaue Kraftübertragung vom Webstuhl zur Jacquardmaschine, da keine Ketten mit Dehnungsmöglichkeit vorhanden, durch die auch leicht ein Abschleudern des Schnees bis und eine Beschmutzung des Gewebes eintritt; durch Abkapselungsmöglichkeit der Zahnäder beim Antrieb mit stehender Welle ist auch die Unfallgefahr herabgemindert.

Ans: Reichland Textilüberblicke.

Unterhaltung und Wissen

Der Sonntag.

Der Sonntag ist ein roter Rotenbergetzel.
 Der Sonntag ist der Egerzlerstag der Klavierkletteranten.
 Der Sonntag ist eine glaubwürdige Ausrede der Arbeitsscheuen.
 Der Sonntag hat nicht absolut etwas mit der Sonne zu schaffen und mit dem Tag stimmt es auch nicht so ganz und gar — denn für mancherlei Leute ist er verlängerte Samstagnacht.
 Der Sonntag ist der sich schmälende Dandy unter den sieben Tagen der Woche, aber auch der Poet — neben sechs grauen Kameraden.
 Der Sonntag ist für manche Leute ein Anlaß, das Hemd zu wechseln, Kuchen zu backen und Spaziergänge zu unternehmen.
 Der Sonntag ist eine peinliche Einrichtung für die Feinde der Massenansammlungen.
 Der Sonntag hat einen Stiefbruder, der aber viel glanzvoller ist als er selbst — der Feiertag.
 Der Sonntag spielt in den Etats der Schneider eine hervorragende Rolle — ohne die Meinung der Menschen, an diesem Tag elegant sein zu müssen, wäre die Kunst längst verhungert.
 Der Sonntag ist eine Sireifrage: die einen sagen, mit ihm schließt die Woche, die anderen behaupten, mit ihm fange sie an.
 Der Sonntag ist eine überflüssige Einrichtung für die Müßiggänger.
 Der Sonntag ist vielleicht das einzige Stück Stammesrecht, das den arbeitenden Klassen in Wahrheit zuteil wird.
 Der Sonntag ist eine schwere Verlegenheit für die Leute, die sich jeden Tag amüsieren müssen, denn ihnen sind an diesem Tage jene im Wege, die sich nur jede Woche einmal amüsieren können.
 Der Sonntag ist der Protettor der Fußballspieler.
 Der Sonntag ist oft die einzige Möglichkeit für die Sieben schläfer.
 Der Sonntag ist der Appell an die Frömmigkeit.
 Der Sonntag ist ein Anlaß für die Frauen, sich schön zu machen.
 Der Sonntag ist eine Gelegenheit für die Eltern, ihre versammelten Kinder auszufragen — falls es nicht umgekehrt ist.
 Der Sonntag ist ein offenerer Sertum Gottes, der wohnt, mit ihm die Welt „vollendet“ zu haben.
 Im übrigen ist der Sonntag ein Tag mit vierundzwanzig Stunden wie die anderen sechs, und sein festlicher Hochmut hat gar kein Recht.
 Hermann Linden

Recht hinter den Menschen eine ewig und gerecht waltende Kraft? Ich weiß das nicht. Wer das weiß, der hat den uralten Stein der Weisen auseinander geschlagen — der hat die blaue Perle von den letzten Geheimnissen des Seins gefunden.

Ja, über der See starb Alfred Löwenstein. Oder besser: in der See. Aus einem laufenden Flugzeug ist er herausgestürzt. Er fiel hinein in die Nordsee. Zwischen London und Brüssel. Aus tausend Meter Höhe — stürzte er ab. Der Propeller sang ihm das Todeslied.

Warum starb Bantherr Löwenstein? Die einen sagen: Unglücksfall! Die anderen wissen es besser, die triumphieren: Selbstmord! Und die dritten gar, die spinnen um seinen Tod schon die Sage, wie um den toten Kaiser vom Kyffhäuser: Er wird wiederkehren, er kommt zurück, in sein Börsenreich, ins Reich der Aktienwälder: der König der Kunstseide ist nicht tot, laßt euch nicht täuschen.

Er wird aber nicht wiederkehren. Alfred Löwenstein ist maufe-maufetot!

Sein Leben. Warum ward er — wie er war? Ja, warum? Warum ward ich — wie ich bin? Und warum — lieber Genosse — wurdst du, wie du bist? Hier: Beranlagungen, Erziehung und Umwelt! Daß ist die große Drei, die uns alle geprägt hat.

Alfred Löwensteins Vater. Der kam aus Deutschland, aus der Stadt Soest in Westfalen. Vater Löwenstein ist in Brüssel ein kleiner Geschäftsmann: Inhaber einer Wechselstube. Die floriert — vom Handel mit Wägen schreitet Vater Löwenstein zum Handel mit Effekten, zum Handel mit Börsenwerten. Er ist nun Makler und kleiner Spekulant. Er hat glücklich geheiratet, eine Belgierin, in deren Adern brennt wallonisches Blut, feurige französische Rasse. Und dann ist das Kind da: Wir gratulieren! Wie soll's Kindchen heißen? Alfred.

Alfred Löwenstein junior wächst als rundliches Bourgeois-Kindchen glücklich heran. Auf den grünen Wiesen vor Brüssel treibt er Sport, Fußball: Der Ribig schreit und wehstüben: Wolken treiben von der See her über den blaßblauen belgischen Sommerhimmel. Der Jüngling Alfred ist ein starker Burche, klein — aber muskulös. Sportsmann. Auch schon Geschäftsmann. Unter der Leitung des Vaters erwirbt er sich die ersten Sporen und Lorbeeren — an der Börse von Brüssel. Er verdient, er spekuliert mit Glück. Glück wie Sonne. Aber das neidische Sturmwetter kommt herauf, unheimlichwanger, mit Wetterleuchten und großem Donner — jickad, der Blitz schlägt ein: Vater Löwenstein ist tot! Trauer zieht schwarz vor die Sonne des häuslichen und geschäftlichen Glücks. Alfred Löwenstein hat keinen Vater mehr. Er weint mit einem Auge.

Aber die Väter leben doch in den Söhnen weiter? Der Sohn Löwenstein übernimmt das väterliche Effekengeschäft, er steigert dessen Rentabilität, er erweitert den geschäftlichen Wirkungsbereich, immer eine Stufe höher — und plötzlich staut der junge Löwenstein selbst: Er ist ein Bantherr geworden, ein feudaler Ritter des großen allmächtigen Kaisers, der da heißt: „Die Börse!“

Der Krieg. Europa fällt in sich zusammen wie ein Kartenhaus: um- und eingebrochen vom Teufel habgierig und von dessen Trabanten: dem allgemeinen Militarismus. Das eingestürzte Kartenhaus fängt Feuer: Europa brennt, an allen acht Ecken, piss-paff-pum, der Mord geht um — der Krieg, der Krieg!

Alfred Löwenstein, wohin nun? Du lebst zwar in Brüssel, aber dein Vater war doch ein Deutscher. Jamahl. Und die Mutter war französische Belgierin: feuerzüngige Wallonin. Das heißere Blut der Mutter überwiegt das kühlere Blut des nordischen Vaters. Alfred Löwenstein fühlt sich im Kriege als Belgier. Zunächst. Er steht gegen Deutschland. Wird er kämpfen? Ach was — Unfann, Alfred Löwenstein will kein Blut, er will Geld. Segen Deutschland, ja: aber Geschäft dabei machen. Löten? Nein: das überlassen wir dem „Rustekapöbel“, der muß schiefen: wir Herren kommandieren!

Der Krieg. Der Krieg. Europa zittert und bebzt wie ein kochender Erdsenbrot: eine Teufelstüche: Schwefelstämpfe und giftige Gase. In dieser Teufelstüche waltet ihres Amtes die kapitalistische Rache. Einer von ihnen heißt Alfred Löwenstein. Er ist in London. Er organisiert (als Vertreter Belgiens) mit britischen Finanzgrößen alle Wirtschaftskräfte zum Widerstand gegen die „Hunnen“, gegen die „Barbaren“. Und alle Organisatoren werden reich. Schwer, schwer reich. Nur in London? Vielleicht in Paris und in Berlin nicht? Der Krieg war für die Hochfinanz ein glänzendes Geschäft.

Nun aber ist der Krieg vorbei. Der Krieg mit Waffen. Nun kommt der andere Krieg: der Krieg der Inflation, der Krieg des Hungers. Stinnes wird Papierherzog in Deutschland. Alfred Löwenstein wird Goldherzog in Belgien. Ungeheuer reich sind beide: aus Krieg und aus Inflation heraus. Das Licht Stinnes wird schnell ausgeblasen, vom Rächer Tod. Aber das Licht Löwenstein brennt auf zur wehenden Fackel. Löwenstein ist der Löwe der hohen Börsen, mit seinen gewagten Spekulationsgeschäften beherrscht er die Finanz von London, Brüssel und Paris.

Er spekuliert in Elektrizitätswerten, mit Glück. Er beleuchtet Spanien, Südamerika und Zentralamerika — dabei verdient er hundert Millionen, in blankem schweren Golde. In blühendem Golde. Aber da blüht noch etwas. Strahlenblühige, langgezogene wie silberne Sonnenstrahlen durch das Laub der Wälder. Dieses andere Blühen ist das Geblühe des Seidenfadens, das blanke Gestirne der Kunstseide.

Kunstseide, leichte Bekleidung, eine neue Industrie. Ein neues Erwerbsreich, das auf seinen König wartet. Hier ist er schon: der König: der belgische Großfinanzier, der Bantherr Alfred Löwenstein! Er konzentriert. Um die Gelpinste der Kunstseide spinnt er seine Profitgespinste. Er verbündet die Kunstseide zu einer Weltmacht. England, Deutschland, Italien — Belgien, Polen, Spanien — dann Holland — und selbst Kanada: alles was Kunstseide produziert, das muß hinein in den internationalen Profitbund. „Britisch Celanese“, „Glanstoff“, „Bemberg“, „Enfa“, „Breda“, „Lomazow“, „Seda Espana“, „Tubize“ — und andere große Kunstseidenfabriken: alle werben sie das Ausbeutungsreich des Seidenkönigs Alfred Löwenstein.

Hunderttausend und mehr Menschen arbeiten — um den König der Seide und dessen Vasallen ungeheuer zu bereichern. Mit den Arbeitswerten der Menschen treibt der Bantherr Schaffer — wie mit alten Kumpen. Was ist der einzelne Mensch — gar nichts. Das Aktienpaket — das heißt alles. Erfolg wechselt mit Mißerfolg. Löwenstein hat seine Feinde. Die stellen ihm ein Bein. Aber der König der Kunstseide steht gut und sicher, er steht auf marmornen Säulen — so glaubt man. Und doch gerät eines Tages sein Tempel ins Schwanken — der Tempel, den er dem Gotte Gold gebaut hatte. Säulen spalten — Architrave senken sich — Tresore bekommen Risse — Goldströme verflüchten. Das war für den Bantherrn Löwenstein der Unglückstag zu London. Seine Konzerne bluten, tödlich verwundet von seinen Feinden. Er stirzt!

Und nach diesem Unglückstage kam die Nacht, die letzte Nacht, die Nacht über der See. Alles ist aus. Aber die Spindeln laufen weiter. Und die Sonne geht auf — und die Sonne geht wieder unter. Und über allem vergänglichem Glanz des Goldes strahlt das bessere Gold: das Gold der jungen Sterne, die nichts anderes sind, als die Schrift der Ewigkeit: Segen wächst den Menschen nur aus ehrlicher Arbeit!

Aber diese Frage: Was bedeuten am Nachthimmel die Kometen? Auch sie schreiben in goldener Schrift, eine Schrift: die abseits aller sicherer Berechnung wächst. Und so eine Schrift schrieb in höherem Sinne der Bantherr Alfred Löwenstein. War er ein Genie — oder ein Schädling? Sicher war er kein Durchschnittsmensch. Vielleicht war seine Persönlichkeit das Wetterleuchten einer herausziehenden sozialen Weltwirtschaft? Denn in der Konzentration blüht die Zukunft. Allerdings kommt es darauf an: Warum man konzentriert! Mag Dortu.

Banther Löwenstein. Der König der Kunstseide.

Er ist tot. Wie starb er? Woher kam er? Wohin ging er? Wer war er? Er war der kühnste Adler in den freien Lüften der internationalen Hochfinanz. Adler sind Räuber. Adler sind aber auch das Sinnbild des Mutes und der stolzen Einsamkeit. Und Symbol des Herrschens sind die Adler. Aha — herrschen — richtig getroffen: jamahl, der tote Bantherr Alfred Löwenstein war ein Herrscher: er beherrschte mit fühnem Mute, mit Troh und Hohnlachen die Börsen von London, Brüssel und Paris. Ein König war der tote Löwenstein, er war der König der europäischen Kunstseide — und er war Herzog der spanisch-amerikanischen Elektrizitätswerke. Eine unbändige Natur war er, ein Außenleiter der „Isoliden“ alteingesessenen Hochfinanz; er war ein Kondottiere im Reiche der Aktien, ein Abenteuerer war er. Seine Freunde sagen: Er war ein Finanzgenie. Seine Feinde sagen: Er war eine Hornis im Reize unserer sicher berechnenden Finanzkunst, er geriet hohhaft all die garten Fäden unserer klugen Börsenpläne. — Er war ein Schädling? Er war ein Genie? Für und wider. Ja und nein. Sicher aber war er ein Komet: ein Komet am nächtlichen Himmel des funkelnden Geldes. Und nun ist er tot. Alles ist vorbei.

Wie starb er? Heber der See. Er starb wie ein See- edler, der vom Schicksal den tödlichen Schlag bekam. Aber was heißt hier Schicksal? Ich Schicksal nicht Zufall? Oder

Der Baldamus und seine Streiche

Roman von D. Böhle.

Fortsetzung. Der Bucherpreis G. m. b. H., Berlin, Belle-Alliance-Platz. (R. Fortsetzung.)

Es war Freitag abends wurden wir Seminaristen, fleißig Mann hoch, geladen ins Stadtheater geführt, wo wir mit unserer Klasse die Plätze des zweiten Rang einnahmen. In diesem Abend hatte es beim Bucherpreis als Hauptgang Bucherpreise gegeben, so eine der nachgemachten Mäntelmalerei, der infernalisch roth. So infernalisch roth, daß der Geruch dieses verzehrten Käses den allda verordneten Theaterkritikern der Ortspresse in die Nase stank. (Was doch etwas heißen will.) Darum hand am nächsten Morgen ein Umgebot in Morgenblatt, in welchem die Seminaristen gebeten wurden, an den Tagen, an denen sie ins Theater gingen, gähle keine Bucherpreise zu essen, oder wenn schon, sich vorher gähle zu einem, daß es Instrumenten gebe, die Bucherpreise hoch und deren Anwendung in einem solchen Falle höchst angebracht sei. Auch von dem Verbrauch wohnlicher Rundwässer wurde es unter diesen Gelegenheiten nicht abgeraten zu werden.

Baldus, der Seminarist, raste, als er diesen Artikel vor seine Bekannten bekam. Eine Gemeinheit, so was! Einzelheiten und solche Kränkungen verstoßen, daß der Verfasser mit den Bekannten in der Kasse sehr genau Bescheid wußte. Demnach konnte die „infernalische Schanderei“, wie sich Böhle ausdrückte, nicht ohne weiteres Bismarck-Bismarck werden sein. Und baldus, der Seminarist, raste, als er diesen Artikel vor seine Bekannten bekam. Eine Gemeinheit, so was! Einzelheiten und solche Kränkungen verstoßen, daß der Verfasser mit den Bekannten in der Kasse sehr genau Bescheid wußte. Demnach konnte die „infernalische Schanderei“, wie sich Böhle ausdrückte, nicht ohne weiteres Bismarck-Bismarck werden sein.

Rechtfertigung wurde zwar zur Kenntnis genommen, aber mit solchen Geschickern, denen man deutlich genug ansah, daß sie nur zur Hälfte oder noch weniger glaubten.

An jenem denkwürdigen Abend war im Theater die „Jungfrau von Orleans“ gegeben worden. Die Vorstellung war, den römischen Provinzverhältnissen entsprechend, so schlecht, daß der Autor Schiller vor Schmerz über die ihm damals angetane Schandung wahrscheinlich heut noch in seinem Grabe rotet. Aber trotz ihrer Mangelhaftigkeit hatte sie für mich democh eine gewaltige Bedeutung: als Frage trat ein Mädchen auf, das wunderbare Beine hatte. Das ganze Wesen war von einem Liebreiz, wie ich einen solchen in meinem bürgerlichen Leben bis dato nicht gesehen hatte. Der Name dieses Mädchens stand zwar auf dem Theaterzettel: er klang patriotisch oder kassubisch, und war mit unseren kassubischen Sprachwerkzeugen nicht auszusprechen. Ich war von dieser Erscheinung rein weg, wie bezauert. Im Seminar schlich ich mich in dieser Nacht aus dem Schlafsaal in das bittertaste Arbeitszimmer und verlas da hemblings einen sechzehn Seiten langen Liebesbrief an das bewusste Fräulein. Was ich da alles zusammenfickerte, weiß ich heute nicht mehr; ich nehme aber an, daß es keine Vermüthigkeiten gewesen sein würden. Als die Liebesepistel fertig war, überfickerte ich mich in der gleichen Nacht die Anstaltsmauer und warf den Brief in den Kasten. Bis zum Morgen konnte ich nicht einschlafen, teils vor Jähnelappern nicht, der Erfüllung wegen, die ich mir bei meinem Liebesdick geholt hatte, teils vor fetter Erwartung nicht; denn ich glaubte fest und fest, daß sich aus meinem Brief ein Abenteuer entwickeln werde. Und weiß Gott, es entwickelte sich!

Nun mag man sehen, was ich Rindarabel damals noch nicht wußte: den Gang der Welt. Als die junge Dame im Theater meinen Brief erhielt, lag sie nach dessen Letztze derraht unbändig,

daß das gesamte Personal in der Garderobe zusammensitz. Erst wurde das Unglückschreiben triumphierend wie eine Fahne hin- und hergeschwungen, dann, als sich der erste Heiterkeitsausbruch gelegt hatte, wanderten meine liebestrunkenen Zeilen von Schmittisch zu Schmittisch. Nun steht bekanntlich niemand der Liebe und ihren Ausprägungen kritischer gegenüber als diejenigen, die beruflich damit zu tun haben. Deshalb war des riefenhaften Gelächters nirgends ein Ende. Zum Schluß wurde der Brief dem Musikdirektor am Seminar in die Hände gespielt, der gleichzeitig Theaterkritiker war und darum Beziehungen zu dem lachfüchtigen Bälischen hatte.

Dieser Musikdirektor, ein würdiger Greis von zweifundsechzig Jahren, war es, der mich derraht in das Eiswasser einer Beschämung tauchte, daß ich darin verankert bis über beide Ohren. Am Dienstagmorgen in der Harmonielehrstunde zitierte er mich an die Notenbankel vor. Ich sollte da den Choral „Es ist ein' Ros' entsprungen“ harmonisieren. Während ich nun an der Muttertafel stand und mich von Laut zu Laut mehr abquälte mit den verfluchten Notenköpfen, sah ich auf dem Bulte neben dem Lintenfah ein Päckchen liegen, das verdammt meinem hochgrauen Briefpapier gleich. Ein jurstbarer Verdacht stieg mir auf, der mich noch zappeltiger machte, als ich ohnehin schon war. Aber als ich in meiner Hilflosigkeit nach einigen Minuten mit der Kreide in der Hand nicht mehr weiter konnte, nahm der Alte am Bult das graue Papierpäckchen in die Hand, schwang es wie ein Unbänder einen frischerdeutigen Stalp und schrie: Aha, einen ordentlichen Dreißiger ordentlich aufstößen, das können Sie nicht, Sie sehr junger Mann! Aber sechzehnseitige Briefe können, nicht wahr, das können Sie! Machen Sie, daß Sie zu Ihren Platz kommen, Sie verflüchtigen Bälisch! Ich reitzierte schleunigst. Die Klasse kriegte Stielaugen bei diesem Auftritt. Aber das Ganze blieb doch ein Geheimnis, von mir erfährt keiner was. (Fortsetzung folgt.)